

Kulturstiftung
der deutschen Vertriebenen

In Memoriam Dr. Herbert Czaja

(* 5. November 1914 in Teschen; † 18. April 1997 in Stuttgart)

Herbert Czajas Vermächtnis – Vortrag beim Bischof-Neumann-Kreis der Ackermann-Gemeinde

Heikel mutet der Versuch allemal an, Leben und Werk des eigenen verstorbenen Vaters zu würdigen, zumal wenn dessen Credo als prominenter Politiker höchst umstritten war und im Prozess der demokratischen Willensbildung ins Hintertreffen geriet. Allzu bereitwillig unterstellt man einem nahen Verwandten kritiklose Idealisierung. Dass aber das Wirken ihres Vaters außerordentlich segensreich und sein Vermächtnis bis heute keineswegs obsolet geworden ist, konnte Herbert Czajas von zehn Kindern älteste Tochter Christine überzeugend vor Augen führen. Ihr Vortrag beim Bischof-Neumann-Kreis der Ackermann-Gemeinde am 15. März 2014 in Schwäbisch Gmünd stieß auf breites Interesse.



Wie wohl kaum einem anderen Menschen sind Christine Czaja Lebensweg, Charakter, Glauben, Ziele und Wirken ihres Vaters vertraut, hat sie ihn doch Jahrzehnte lang bis zu seinem Tod zu Hause in Stuttgart und in Bonn tatkräftig unterstützt und viele seiner öffentlichen Auftritte miterlebt. Als vom Vater testamentarisch bestimmte Archiv-Nachlassverwalterin kennt die ehemalige Lehrerin einschlägige Manuskripte, Briefe und Publikationen, Quellen und Archive. Manchem deutschen und polnischen Doktoranden konnte sie daher nützliche Auskünfte erteilen. Sie selbst hat 2003 in dem Band „Herbert Czaja. Anwalt für Menschenrechte“ aufschlussreiche Aufsätze versammelt und

damit eine erste Aufarbeitung zu einer noch wenig erforschten Gestalt der Zeitgeschichte von kaum zu überschätzender Wirkungsmacht geliefert. Immer, wenn sie über ihren Vater spricht, holt Christine Czaja eigentlich etwas nach, was dieser konsequent mied: von sich selbst Aufhebens zu machen und eigene Verdienste in den Mittelpunkt zu stellen. Diese Bescheidenheit ist wohl auch der Grund dafür, dass Herbert Czaja zwar keine Memoiren, aber ein Vermächtnis hinterlassen hat.

Herbert Czaja, am 5. November 1914 in Teschen, damals Österreichisch-Schlesien, geboren, wuchs behütet in einem katholischen, sozial engagierten und toleranten Elternhaus auf. Als seine Heimat 1920 Polen zugeschlagen wurde, musste die Deutsche Minderheit um ihre nationale Selbstbehauptung ringen. Dennoch blieb der fließend polnisch sprechende Czaja stets versöhnlich gegenüber anderen Nationen und bewahrte seine Achtung vor den in ihrer Kultur und Geschichte begründeten Lebensrechten. Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Polen weigerte er sich, der NSDAP beizutreten. Der in Krakau 1939 über „Stefan George und sein autonomes Menschentum“ promovierte Germanist war Oberschullehrer, bevor er zum Gegner jeder Art von Atheismus, Chauvinismus und Radikalismus wurde. Seine polnischen und jüdischen Mitbürger unterstützte er couragiert, konspirierte mit nicht gleichgeschalteten Studentengruppen, Professoren und Jesuiten, versteckte einen

verfolgten Freund in seiner Bude, wurde zuerst vom polnischen Sicherheitsdienst, dann von der Gestapo überwacht und gesucht, 1942 des Hochverrats angeklagt und ins Gefängnis geworfen, dann zum Wehrdienst einberufen, an der Ostfront verwundet, von den Amerikanern in Hungerlagern interniert und aus seiner Heimat vertrieben.

In Stuttgart, seiner Wahlheimat, gründete er 1948 mit der aus Bad Canstatt stammenden Eva-Maria Reinhardt eine Familie und engagierte sich unermüdlich im Stadtrat der Landeshauptstadt wie auch später im Deutschen Bundestag für die Belange der Flüchtlinge wie Lastenausgleich, Eingliederung, Existenzförderung, Renten, Schul-, Gesundheits- und Familienpolitik. Mit dem Sozialen Wohnungsbau hatte er bis Mitte der 60-er Jahre ein einflussreiches Ressort im Bundestag inne. Diese Ziele verfolgte er u. a. zusammen mit Politikern wie Fritz Bayer, Hermann Götz, Edmund Leukert, Hans Schütz und Josef Stingel. Eine enge Zusammenarbeit pflegte er mit dem sudetendeutschen Augustinerpater Dr. Paulus Sladek und dem schwäbischen Domkapitular Prof. Alfons Hufnagel, die wie er selbst hervorragende Kenner der scholastischen Theologie waren, besonders des Albertus Magnus und Thomas von Aquin. Geprägt von diesen Kirchenlehrern und der christlichen Gesellschaftslehre setzten die Freunde neue sozialpolitische Maßstäbe.

Sein Wirken und das seiner Frau als Fürsorgerin in den Flüchtlingslagern um Stuttgart in der unmittelbaren Nachkriegszeit – Schlotwiese mit 1200 Menschen, Bergheim etc. – ist ein eigenes Kapitel, wurde aber ausführlich dokumentiert, vor allem von der Landsmannschaft der Donauschwaben, dem St. Gerhardswerk und dem Tübinger Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde.

Czaja gehört zum politischen Urgestein der Bundesrepublik Deutschland. Er spielte eine maßgebliche Rolle bei der friedlichen Integration von zwölf Millionen Vertriebenen in Westdeutschland, wie der Organisator der Veranstaltung Karl Sommer in seiner Einführung hervorhob. Am 5. November dieses Jahres würde Czaja seinen 100. Geburtstag feiern. Tochter Christine sei Anfang der 60-er Jahre Mitglied der „Jungen Aktion“ der Ackermann-Gemeinde und 1973-75 ihre Bundessprecherin gewesen. Sommer begrüßte auch Edith und Hedwig Czaja, Enkelinnen des namhaften Großvaters, die musikalisch an Klavier und Trompete mit Menuetten von Bach, Mozart und Daquin die Veranstaltung ins Festliche steigerten.

In seiner Treue zu Verfassung und Völkerrecht hielt der CDU-Politiker Herbert Czaja mehr als vier Jahrzehnte, bis zu seinem Tod 1997, daran fest, über die deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nur in einem gerechten Interessenausgleich mit Polen innerhalb einer gesamteuropäischen Friedensordnung zu verhandeln. Mit seinem Kampf für das Recht auf die Heimat, den Schutz von Minderheiten und ihren Menschenrechten wurde er zum Gegner der Ostpolitik von Willy Brandt und geriet zuletzt selbst in den eigenen Reihen – zusammen mit weiteren Vertriebenenpolitikern – in die Isolation. Jedoch hat er niemals die Wiederherstellung der Reichsgrenzen

vom 31.12.1937 gefordert, wie ihm viele ohne Kenntnis seiner Argumentation vorwarfen. Manche seiner weitblickenden Intentionen haben sich mittlerweile durch die im europäischen Einigungsprozess gewonnene Freizügigkeit verwirklicht, andere sind Hoffnungszeichen geblieben, so dass sein auf dem Boden christlicher Glaubensüberzeugung gegründetes Lebenswerk in wesentlichen Zügen aus heutiger Sicht als bestandsfähig erscheint.

Herbert Czajas Buch „Ausgleich mit Osteuropa. Versuch einer europäischen Friedensordnung“ erschien 1969 und fand bald auf Umwegen über Wien Verbreitung in den osteuropäischen Ländern, eigenartigerweise finanziert von seinem politischen Gegner Herbert Wehner, der damals Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen war. Vielleicht hatte sich der scharfzüngige SPD-Politiker gesagt, so spekulierte die Referentin: „Die Visionen von heute sind die Realitäten von morgen“, jedenfalls sei der Inhalt dieses Buches immer noch aktuell. Czajas Schrift über „Verletzungen von Menschenrechten“ war an epochemachender Stelle präsent, auch in Übersetzungen: bei den Konferenzen für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE).

Zu seinen größten politischen Erfolgen zählten diejenigen Verfassungsbeschwerden von 1973, durch die verhindert werden konnte, dass seine in der Heimat verbliebenen oberschlesischen Landsleute samt sämtlichen Aussiedlern aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassen wurden, wie es die Ostverträge vorsahen. Trotz vielfacher Bemühungen, führte Christine Czaja aus, sei es durch die „Neue Ostpolitik“ lange nicht zu wesentlichen menschlichen Erleichterungen gekommen, die suspekten Vorgeschichte und zahlreiche Ungereimtheiten müssten wissenschaftlich besser aufgeschlüsselt werden.

„Genau heute vor 44 Jahren“, sagte die Referentin, wurde ihr Vater in Bad Godesberg zum Präsidenten des Bundes der Vertriebenen gewählt, ein Ehrenamt, das eigentlich einen Vollzeitberuf darstellt, nicht zu Karrierezwecken taugt, sondern viel Verschleiß mit sich bringt, wie der Kandidat schon am Wahlabend wusste. Dennoch übte er das Amt in einer schwierigen Zeit voller heftiger Auseinandersetzungen um die sogenannte „Neue Ostpolitik“ und politischer Umwälzungen 24 Jahre lang aus, ganz im Sinne einer engen Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Nachbarn, des Friedens durch Menschenrechte, des Ausgleichs durch Verständigung. Da die meisten Vorsitzenden des BdV bis dahin aus der SPD gekommen waren, sah sich Czaja zunächst nur als Übergangspräsident. Aber als Repräsentant der Heimatvertriebenen fiel ihm eine langfristig defensive Aufgabe zu, weil die damalige Regierungskoalition aus SPD und FDP eine in seinen Augen verfehlte Ostpolitik begonnen hatte. Seine unverbrüchliche Solidarität mit den Vertriebenen trug ihm viel Feindschaft ein, im Plenarsaal musste er Spott und Häme über sich ergehen lassen, so etwa von dem Grünen-Realo Joschka Fischer, die linksliberale Presse hetzte, von links- wie auch rechtsextremer Seite kamen zahlreiche anonyme Anrufe und Drohbriefe vor allem ins Bonner Büro, aber auch in die Stuttgarter Privatsphäre. Czajas sonntägliche Spaziergänge mit der Familie wurden selten, denn an den Wochenenden trat er als

Redner bei Vertriebenenwallfahrten, Glaubenskundgebungen, Tagen der Heimat auf, ab 1990 auch in der ehemaligen DDR, strapaziöse Bahnfahrten für den schwer Kriegsversehrten. Alle seine Reden hat der unermüdliche Arbeiter selbst konzipiert und oft noch während der Anfahrten ausgearbeitet. Zweifellos ist es vor allem Herbert Czaja zu verdanken, wenn der Bund der Vertriebenen allen Versuchen, ihn zu marginalisieren, widerstanden hat und bis heute eine gesellschaftliche Kraft geblieben ist.

Dieses verantwortungsvolle Amt nahm er neben seinem Mandat als Mitglied des Deutschen Bundestages wahr, das er 1953 bis Ende 1990 ununterbrochen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ebenso gewissenhaft versah, darüber hinaus behielt er seine Bürgersprechstunden in Stuttgarter Wahlkreis bei. Intensiv kümmerte er sich um jeden einzelnen Menschen, der seinen Rat und seine Hilfe suchte, egal, ob der ihn gewählt hatte oder nicht. Es ging ihm – wie übrigens jedem christlich denkenden Abgeordneten – um das Wohl der Menschen, nicht um seine spätere Wahl. Er engagierte sich als Berichterstatter für Menschenrechte im Humanitären Unterausschuss des Bundestages für die unterdrückten Christen in Biafra. Durch mehrere Vorträge im Bonner Katholischen Büro konnte er eine Welle der Solidarität sowohl bei der evangelischen wie auch der katholischen Kirche in Deutschland auslösen und ein Hilfsprogramm auf den Weg bringen. Ebenso setzte er sich für die Armen in Nicaragua, die vietnamesischen und kambodschanischen Boatpeople, die verfolgten Christen in anderen Ländern ein.

Wegen seines Einsatzes gegen Abtreibung, für Ungeborene und ihre Mütter, musste er sich zusammen mit anderen CDU-Kollegen im Bundestag im Mai 1984 bei einer Plenardebatte gar auslachen lassen, nicht nur von Linken, sondern ausgerechnet auch von Frauen, die lautstark und unverschämt über den Lebensschützer loszogen, war die Debatte doch so spät abends angesetzt, dass keine Medien erschienen. In Bruno Heck etwa, Alfred Dregger, Claus Jaeger und Herbert Werner hatte er auch schon zuvor Mitstreiter. Seine Position verdeutlichte er in Reden, die unter dem Titel „Unsere sittliche Pflicht. Leben für Deutschland“ als Festschriftgabe zu seinem 75. Geburtstag erschienen.

Herbert Czaja nahm im Mai 1993 gerade an einer Vertriebenenwallfahrt auf den Schönenberg teil, als der zu wenig um die eigenen Ressourcen bekümmerte Schaffer einen Herzinfarkt erlitt. Während der zehn Tage, die er im Ellwanger Krankenhaus zubringen musste, konzipierte er – wohl in der Ahnung, dass er nicht mehr lange zu leben habe – ein über tausendseitiges Werk, das 1996 unter dem vom amerikanischen Botschafter in Deutschland Vernon Walters stammenden Titel „Unterwegs zum kleinsten Deutschland. Mangel an Solidarität mit den Vertriebenen. Marginalien zu 50 Jahren Ostpolitik“ im Knecht-Verlag in Frankfurt erschien. Ein Kapitel darin thematisiert den verehrten Konrad Adenauer. Gewidmet ist es seiner Frau, ohne deren Rat und qualifizierten Beistand er seiner Berufung nicht hätte nachkommen können.

Seinen letzten großen Vortrag bei der Ackermann-Gemeinde hielt Herbert Czaja in Rechberg im Oktober 1995 zum Thema „Kirchliche Vertriebenenarbeit: Verdienste und Tragik“. Prof. J. Hans Benirschke kommt das Verdienst zu, diese wertvolle Rede transskribiert und herausgegeben zu haben. Die Hefte kamen am Tag der Beerdigung von Herbert Czaja aus der Druckerei und konnten nach dem Requiem verteilt werden.

Bezeichnenderweise bat der tiefgläubige Christ in seinem Testament seine Mitmenschen um Verzeihung, falls er sie einmal ungerecht behandelt haben sollte. Erst nach Herbert Czajas Tod am 18. April 1997 erfuhr die Familie, dass er 37 Jahre lang bis 1990 vom polnischen Geheimdienst abgehört worden war, und zwar nicht nur erwartungsgemäß im Bonner Büro, sondern auch in den eigenen vier Wänden. Nur gut, meinte Tochter Christine, dass er am Telefon nie jemanden kompromittierte, stets vorsichtig war und häufig Abkürzungen verwendete, um Personen unkenntlich zu machen.

Ausgiebig zitierte die Referentin aus der Predigt, die Kardinal Joachim Meisner, ein schlesischer Landsmann, zum Sechs-Wochen-Amt am 23. Juni 1997 im Bonner Münster hielt und dabei den Verstorbenen treffend charakterisierte. Als in der Heimat Erde und im Vaterland Verwurzelter, dem Natürlichsten und Gottgewolltesten der Welt, sei Czaja gleichermaßen fähig gewesen, nationale Interessen zu verfolgen und kosmopolitisch am Schicksal der Völker mitzugestalten. Als „Erdenbürger mit Himmelperspektive“ sei er ein Prophet der Menschlichkeit und ein Brückenbauer gewesen, der pragmatisch, ohne Ideologie und Nostalgie, die Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn suchte. Freundschaft mit diesem vorbildlichen Christen und Europäer zu pflegen und Orientierung von ihm und seinem Lebenswerk zu übernehmen, sei im Hinblick auf ein geeintes Europa ein Gebot der Stunde, so Meisner.

Ein einziger Vortrag könne nicht ein Leben darstellen, das noch eng mit dem österreichischen Kaiserreich verbunden war und bis zum Ende des 20. Jahrhunderts reichte, schloss Christine Czaja ihre Ausführungen, sie habe lediglich Marksteine setzen können. Eingehende Akten- und Archivstudien seien vonnöten, um ein geschlossenes Bild zu entwerfen. Stoff für selbständige Vorträge hergeben würde beispielsweise seine Tätigkeit als Stuttgarter Stadtrat 1947-53 (Czaja war bis 1951 der einzige Vertriebene in diesem Gremium), als Sprecher der katholischen Vertriebenenorganisationen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart und der Landsmannschaft der Oberschlesier. Intensiv befasste er sich auch mit christlichen Märtyrern in Osteuropa und Gegnern des Nationalsozialismus. Mittlerweile liegen etliche Dissertationen vor – auch in polnischer Sprache –, die sich mit dem BdV und den Landsmannschaften befassen und umfangreiche Kapitel auch dem Wirken von Herbert Czaja widmen.

Manche Anekdote und erhellende Betrachtung konnte Christine Czaja noch einflechten, als Dr. Ernst Gierlich eine Stunde lang Fotos aus Herbert Czajas privatem

und öffentlichem Leben an die Wand projizierte. Gierlich, der Geschäftsführer der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen in Bonn, war eigens angereist, um die Mitglieder des Neumann-Kreises kennenzulernen. Die Kulturstiftung hatte bis zum Jahr 2000 über 16 hauptamtliche Mitarbeiter verfügt und ihre für die Identität der ganzen deutschen Nation unverzichtbare Arbeit in einer auf drei Stockwerke verteilten Institution entfaltet. Mit einem Federstrich schaffte es die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder und Kulturstaatsminister Michael Naumann, aus ideologischen Gründen eine Einrichtung und eben auch eine Schöpfung Herbert Czajas von 1974 unwiederbringlich hinwegzufegen, in die manches andere Volk seinen Stolz gesetzt hätte. Auch als Begründer der Kulturstiftung wollte sich Czaja im Sinne des § 96 BVFG um Pflege und Weiterentwicklung der Kultur in den historischen deutschen Siedlungsgebieten Osteuropas kümmern und auf dieser ohne Selbstverleugnung auskommenden Basis grenzübergreifende, brückenschlagende Kulturarbeit leisten. Heute muss Dr. Gierlich – übrigens ein rheinischer Idealist ohne Vertreibungshintergrund – die Arbeit bewältigen, für die vormals ein stattliches Team am Werk war.

Zum Ausklang äußerten sich vier Zeitzeugen aus persönlicher Sicht zu Leben und Wirken Czajas. Mercedes Kröger aus Stuttgart lobte Herbert Czajas Verständnis für die Menschen und seine große Hilfsbereitschaft etwa bei seinen Bürgersprechstunden im Eigenheim in Stuttgart-Roth, die bis in den späten Abend zu dauern pflegten und bei denen sich oft lange Warteschlangen bildeten. Mit seiner Hilfe konnten viele dem tristen Lager- und Bunkerleben nach dem Krieg in der zerstörten Stadt entkommen. „Von seiner Menschenfreundlichkeit könnten wir uns alle ein Stück abschneiden“, meinte Frau Kröger. „Solche Politiker gibt es heute leider nicht mehr.“ Josef Grill aus Wört beschrieb Czaja als Vordenker und lebendiges Lexikon. Er hob sein Rechtsbewusstsein, sein Demokratieverständnis, sein soziales Engagement hervor und bezeichnete ihn als oft verleumdeten, aber weitsichtigen Friedenspolitiker für Deutschland und Europa, der Stalin die Stirn bot, ein „Vorbild und Ansporn für uns alle“. Hans Gangl aus Stuttgart, ehemaliger Diözesan-Vorsitzender der Ackermann-Gemeinde, erinnerte daran, dass durch Czajas Vermittlung bekannte deutsche Politiker wie Adenauer, Kiesinger, Kohl und Otto von Habsburg bei der Ellwanger Wallfahrt gesprochen haben. Czaja habe innerhalb der Ackermann-Gemeinde ein soziales Wohnungsbauunternehmen mit 950 Sozialwohnungen mitbegründet. Durch seinen immensen Fleiß und sein leidenschaftliches Bemühen, die Dinge zurechtzurücken, sei er sicher kein bequemer Mann gewesen. Prof. Hans Benirschke aus Ellwangen betonte, Czaja habe nie Personenschutz verlangt, obwohl er wusste, dass der polnische Sicherheitsdienst ihn im Visier hatte, er habe sich nie von Parteien vereinnahmen lassen, Angriffe auf ihn nie mit gleicher Münze heimgezahlt, jeder Bürger konnte mit seinen Anliegen zu ihm kommen und wurde offenherzig empfangen.

Eine kleine, von der Ackermann-Gemeinde und der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen vorbereitete Bücherausstellung zum Thema rundete die gelungene Veranstaltung ab.

Gedenken zum 100. Geburtstag am Grab von Dr. Herbert Czaja

Zum Gedenken und in Erinnerung an den 100. Geburtstag von Dr. Herbert Czaja am Mittwoch, dem 5. November 2014 gedachten auf dem Hauptfriedhof Steinhaldenfeld in Stuttgart-Bad Cannstatt Familienmitglieder, Freunde, Bekannte und Weggefährten



aus dem Bereich der landsmannschaftlichen Verbände der Heimatvertriebenen und Aussiedler sowie des CDU-Kreisverbandes Stuttgart mit Ex-Kreisvorsitzenden Prof. Siegbert Alber an der Spitze.

An Czajas Grab legten für das Präsidium des BdV, Arnold Tölg in Begleitung von Uli Klein, für die UdVF-Baden-Württemberg und den CDU-Kreisverband der Landeshauptstadt Stuttgart Iris Ripsam, für die Landsmannschaft der Oberschlesier Landesgruppe Nordrhein-Westfalen und Bayern, NRW-Landesvorsitzender Andreas Gundrum, eigene Kränze sowie Blumengebinde nieder.

Dort ergriffen UdVF-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg Iris Ripsam und BdV-Landesvorsitzender Baden-Württemberg Arnold Tölg das Wort. Sie würdigten in Ansprachen das umfassende Lebenswerk von Dr. Czaja. Pfarrer i.R. Kurt Weber sprach Gebete und segnete die Familiengrabstätte Czaja. Christine Czaja, älteste Tochter und ihr Bruder Dr. Andreas Czaja dankten für die Würdigungen und das zahlreiche Kommen.

Bei einem Kaffee und erinnernden Gesprächen klang der leider sehr verregnete und kühle Gedenk-Nachmittag in Czajas früherem Wahlkreis aus.

Exakt am Tag des 100. Geburtstages erinnerte Hartmut Koschyk, MdB, in seiner Eigenschaft als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten in einem umfangreichen Beitrag an Dr. Herbert Czaja (Artikel vom 05.11.2014. unter www.aussiedlerbeauftragter.de).

**Landsmannschaft der Oberschlesier
Landesgruppe Nordrhein-Westfalen e.V., Ratingen**

Text und Foto A. Gundrum

Wolfgang Schäuble: Erinnerung an Herbert Czaja (1914-1997)



Geboren im November 1914, als das alte Europa, die „Welt von Gestern“, wie Stefan Zweig es genannt hat, bereits begonnen hatte, im Ersten Weltkrieg unterzugehen: Es war Herbert Czaja schon in die Wiege gelegt, dass sein Leben von den europäischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts geprägt sein sollte. Und dies auch deshalb, weil seine Wiege in Teschen stand – im damals österreichischen Teil Schlesiens, der nach dem Ersten Weltkrieg polnisch wurde.

Der Jugendliche und junge Erwachsene war Angehöriger der deutschen Minderheit, zugleich polnischer Staatsbürger und sprach fließend polnisch. Der gläubige Katholik wurde Mitglied in der

Christlichen Deutschen Volkspartei, die der deutschen Zentrumspartei nahestand. Auch nach der deutschen Besetzung seiner Heimat trat Czaja nicht in die NSDAP ein. In der Folge verlor er seine Assistentenstelle an der Krakauer Universität. Die Nationalsozialisten verweigerten ihm auch eine feste Anstellung als Lehrer wegen „fehlender nationaler Gesinnung“.

Literatur und Politik

Czaja hatte Geschichte, Germanistik und Philosophie in Krakau und Wien studiert und war mit einer Arbeit über Stefan George und seinen Kreis promoviert worden. Nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft bot ihm sein polnischer Doktorvater 1945 eine Dozentur an der Universität Krakau an, doch sollte er sich dafür mit der polnischen Staatsbürgerschaft erneut und ausdrücklich zum Polentum bekennen. Das wollte Czaja nicht und wurde ausgewiesen. In Stuttgart, seiner neuen Heimat, trat er, inzwischen Gymnasiallehrer, 1946 der CDU bei und war zuerst vor allem Sozialpolitiker. Er engagierte sich in der Flüchtlingsfürsorge, im sozialen Wohnungsbau und in der Stadtplanung, um dann schließlich in seinen fast vier Jahrzehnten im Deutschen Bundestag und dem Vierteljahrhundert an der Spitze des Bundes der Vertriebenen vor allem für die Vertriebenenpolitik zu stehen.

Übernationales Denken

Czajas schlesische Heimat war geprägt vom Zusammenleben von Polen, Tschechen und Deutschen, von Katholiken, Protestanten und Juden – und dieses Zusammenleben hat sein Herangehen an die Vertriebenenfrage stark beeinflusst: Er war Anhänger des Selbstbestimmungsrechts aller Völker und Volksgruppen; er hat dieses Recht immer in einem Atemzug mit der unbedingten Geltung von Menschenrechten und Völkerrecht genannt. Er dachte übernational und

grenzüberschreitend und nahm für sich und den Bund der Vertriebenen in Anspruch, stets Impulse für einen „dauerhaften Ausgleich in einer freiheitlichen und föderalen bündischen Struktur der Staaten, Völker und Volksgruppen in einer europäischen Gesamtordnung“ gegeben zu haben – so hat er es in seiner Rede zum 35. Jahrestag der Charta der deutschen Heimatvertriebenen 1985 formuliert.

Selbst in den politisch frostigsten Phasen des Kalten Krieges hat Czaja seine Kontakte in seine alte Heimat gepflegt. Sein Leitsatz war: Es kann nicht mehr alles so werden, wie es war, aber es darf auch nicht alles so bleiben, wie es ist. Immer wieder forderte er, die „deutsche Frage voll offenzuhalten“, „so viel wie möglich von Deutschland zu retten“. Mitte der siebziger Jahre konnte er seine Rechtspositionen bestätigt sehen, als das Bundesverfassungsgericht in – von ihm und dem BdV mit angestrebten – Urteilen zum Grundlagenvertrag und den Ostverträgen die deutsche Frage als nach wie vor offen beurteilte.

Enttäuschungen



Dass 1990 dann dennoch nicht über Territorien verhandelt wurde, hat ihn tief enttäuscht. Auch mir persönlich hat er die deutsche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze vorgehalten, weil ich dies Anfang 1990 in Washington gegenüber dem damaligen amerikanischen Außenminister James Baker signalisiert hatte. Dem Einigungsvertrag und dem Zwei-plus-Vier-Vertrag hat Czaja dann auch im Bundestag nicht zugestimmt. Die dortige

Beratung des Einigungsvertrages hat er beim Bundesverfassungsgericht mit dem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zu verhindern versucht. Und auch die deutsch-polnischen Verträge von 1990 und 1991 hat er abgelehnt.

Es war klar, dass vom BdV und von Czaja für die politische und historische Entwicklung dieser Jahre in Bezug auf die Herkunftsgebiete der deutschen Vertriebenen kein Beifall zu erwarten war. Wir unterschieden uns in der Beurteilung von politischen Möglichkeiten und Zwängen in diesen Fragen; wir beurteilten das Verhältnis von Recht, Geschichte und Politik verschieden. Trotz alledem war die Zusammenarbeit zwischen uns beiden immer vertrauensvoll und konstruktiv.

Charme und weiter Horizont

Wenn ich an Herbert Czaja denke, habe ich eine Zeit vor Augen, in der manche die Anerkennung der Meinung und Haltung des Anderen in der Demokratie noch mehr Selbstüberwindung kostete als heute – eben weil die Meinungen und Haltungen sich noch stärker unterschieden. Und ich denke an eine Zeit, in der die Charaktere

vielleicht noch individueller und ausgeprägter waren – auch aus Gründen, auf deren Ursachen wir heute gern verzichten: Denn das hatte eben vor allem auch mit dem Niederschlag schrecklicher Kapitel europäischer Geschichte im Leben der allermeisten damals zu tun.

Bei Czaja denke ich darüber hinaus an einen Menschen von großer Liebenswürdigkeit, mit viel Charme und weitem Horizont. Der Literaturwissenschaftler wäre in einer friedlicheren Welt wohl Literaturprofessor geworden – die Habilitation über Franz Grillparzer war bereits ins Auge gefasst. Krieg und Vertreibung haben sein Leben in andere Bahnen geworfen.

Schicksal und Leistung

Herbert Czajas hundertster Geburtstag ist eine gute Gelegenheit, sich Schicksal und Leistung der deutschen Vertriebenen in Erinnerung zu rufen. Mit der gemeinnützigen Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ und der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ gibt es heute weitere Institutionen, die die Geschichte der deutschen und europäischen Vertreibungen auf vielfältige Weise im Gedächtnis halten und dafür arbeiten, dass Vertreibung weltweit als Mittel der Politik geächtet wird. Herbert Czaja hätte das mit Genugtuung erfüllt.



Abbildungen:

- Dr. Herbert Czaja am Schreibtisch in seinem Arbeitszimmer
- BdV-Präsident Dr. Herbert Czaja mit Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl
- Dr. Herbert Czaja mit Dr. Wolfgang Schäuble

Quelle: Deutscher Ostdienst (DOD) 04/2014, S. 7f.

Oliver Dix, Trauer um den Anwalt der Vertriebenen

aus: DOD Nr. 26, 27. Juni 1997

Der Ehrenpräsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Herbert Czaja, verstarb am 18. April in Stuttgart. Auf dem Weg zu einer Tagung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen in Bonn erlitt er kurz vor der Abfahrt auf dem Stuttgarter Hauptbahnhof den dritten Herzinfarkt, dem er einige Stunden später im Krankenhaus erlag. Am Tag darauf wollte er beim BdV in Dresden sein Buch „Unterwegs zum kleinsten Deutschland“ vorstellen.

Herbert Czaja wurde am 5. November 1914 in Teschen (Österreichisch-Schlesien) als Sohn des Notars Albert Czaja und dessen Ehefrau Luise geboren. Seine Jugend verbrachte er in Skotschau. Nach Besuch der deutschen Volksschule und dem Staatsgymnasium in Bielitz studierte er an den Universitäten Krakau und Wien Germanistik, Geschichte und Philosophie. Im Jahr 1938 promovierte er mit einer Arbeit über den Dichter Stefan George. Leider konnte er seine begonnene Habilitation über Franz Grillparzer wegen der Einberufung zur Wehrmacht nicht fortführen. Er war auch ein exzellenter Kenner der polnischen Sprache, Literatur und Kultur.

Herbert Czaja stammte aus einem gläubigen katholischen Elternhaus. Er war schon in seiner Studienzeit Anhänger der Deutschen Christlichen Volkspartei des Senators Eduard Pant und Gegner des Nationalsozialismus. Weil er sich weigerte, der NSDAP beizutreten, verlor er seine Assistentenstelle an der Universität Krakau. Er konnte lediglich als Hilfslehrer ab 1941 in Zakopane und Przemysl unterrichten. Sein tiefer Glaube half ihm in den Bedrängnissen dieser Zeit.

Von 1943 bis 1945 war Herbert Czaja Soldat und erlitt während des Rußlandfeldzuges eine schwere Verwundung. Nach seiner Genesung wurde er wieder eingesetzt und geriet dann 1945 in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Als Gefangener in seine oberschlesische Heimat zurückgeführt, wurde er 1946 vertrieben. Zunächst gelangte er nach Niedersachsen, dann nach Baden-Württemberg, wo er bis 1953 als Studienrat arbeitete. Im Jahr 1948 heiratete er Eva Maria Reinhardt. Aus dieser Ehe stammen zehn Kinder und vierzehn Enkelkinder.

Inzwischen wohnhaft in Stuttgart, kam Herbert Czaja zur Jungen Union, dann zur CDU. Von 1947 bis 1953 war er Mitglied des Stuttgarter Stadtrates, den er selbst als „Volkshochschule der Politik“ bezeichnete, und widmete sich vor allem der Flüchtlingsfürsorge, dem sozialen Wohnungsbau und der Stadtplanung. Er gehörte zu den Mitbegründern der Union der Vertriebenen in seinem Bundesland und wurde 1952 deren Vorsitzender. Dieses Amt hatte er bis zu seinem Tode inne.

Über die CDU-Landesliste Baden-Württemberg wurde Herbert Czaja 1953 erstmals in den Deutschen Bundestag gewählt, dem er bis 1990 angehörte, über Jahre hinweg

war er auch Mitglied des Vorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Besonders befaßte er sich seit 1953 mit der Lastenausgleichsgesetzgebung und mit den Wohnbau- und Wohngeldgesetzen. Seit 1965 war er Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, teilweise als Berichterstatter für Menschenrechte, und er wirkte führend im Unterausschuß für Humanitäre Fragen mit. Herbert Czaja nutzte die Fragestunden im Deutschen Bundestag wie kaum ein anderer Abgeordneter. Er wurde auch vom politischen Gegner wegen seiner aufrechten und konsequenten Haltung geachtet.

Seine landsmannschaftliche Aktivität begann 1949, als er die Kreisgruppe Stuttgart der Landsmannschaft der Oberschlesier mitbegründete. Seit 1969 bis zu seinem Tode war er der Sprecher dieser Landsmannschaft. Im Jahr 1970 wurde Herbert Czaja zum Präsidenten des Bundes der Vertriebenen gewählt, einem Jahr, in dem die „neue Ostpolitik“ der sozial-liberalen Koalition nach und nach sichtbar wurde. Er gehörte zu den wenigen Bundestagsabgeordneten, die 1972 sowohl gegen den Moskauer als auch gegen den Warschauer Vertrag stimmten. Sein Einsatz für ein verfassungskonformes Auslegen der Verträge führte 1973 und 1975 zu Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes, in denen festgestellt wurde, daß das Deutschland in seinen Grenzen von 1937 bis zu einer friedensvertraglichen Regelung fortbestehe. Anfang der 90er Jahre kamen die „neuen Ostverträge“.

Die BdV-Bundesversammlung beschloß, daß der Gesamtverband die Verträge von 1991 nicht mittragen kann. Als BdV-Präsident, der ehrenamtlich arbeitet, und als Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion trat er beharrlich ein für das Offenhalten der ganzen deutschen Frage, für das Recht des gesamten deutschen Volkes, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden, für das Recht auf die Heimat im friedlichen Wandel und für Volksgruppenrechte im Rahmen einer gerechten Friedensordnung. Im Jahr 1994 kandidierte Herbert Czaja nach 24jähriger Präsidentschaft im BdV nicht mehr und übergab sein Amt in jüngere Hände.

Herbert Czaja lag stets auch die wissenschaftliche Aufarbeitung von Flucht und Vertreibung und den damit zusammenhängenden völkerrechtlichen Fragen am Herzen. Auf sein Engagement geht die Gründung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen im Jahr 1974 zurück, deren Kuratoriumsvorsitzender er bis jetzt war. Immer wieder setzte er sich für eine stärkere staatliche Förderung der kulturellen Breitenarbeit im Gesamtverband BdV und geeigneter wissenschaftlicher Einrichtungen ein. Er war auch Vorstandsvorsitzender der Stiftung Haus Oberschlesien.

Über einen langen Zeitraum war Herbert Czaja Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Er kämpfte unentwegt für den Schutz des ungeborenen Lebens und für eine gute Familienpolitik. Für die kirchliche Vertriebenenarbeit setzte er entscheidende Impulse und trat für unterdrückte Menschen und Völker ein. Bei einer Wallfahrt am Schönenberg (Diözese Rottenburg-Stuttgart) erlitt er während des

Pontifikalamtes mit dem Oppelner Bischof Alfons Nossol, mit dem er freundschaftlich verbunden war, den ersten Herzinfarkt.

Herbert Czaja, der für viele Jahre auch dem Rundfunkrat des Deutschlandfunks, dem Verwaltungsrat der Deutschen Ausgleichsbank und dem Beirat beim Haus der Geschichte in Bonn angehörte, setzte sich für Vertriebene und Einheimische gleichermaßen ein. In seinem Stuttgarter Wahlkreis, den er im ersten Anlauf direkt gewann, schätzten ihn die Menschen wegen seiner gründlichen Unterstützung für ihre sozialen Anliegen.

Seine präzisen Auffassungen und Konzepte hat der Verstorbene in zahlreichen Veröffentlichungen dargelegt. Insbesondere im Deutschen Ostdienst, dem Organ des Bundes der Vertriebenen, kann man sie nachlesen. Aber auch Buchveröffentlichungen zeugen von der Vielfalt seiner Arbeit. Zu nennen sind insbesondere seine Dokumentation über „Verletzungen von Menschenrechten“ (3. Aufl. 1985) und die „Materialien zu Oder-Neiße-Frage“. (2. Aufl. 1982).

Zu seinem 70. Geburtstag erschien das Buch „Frieden durch Menschenrechte“ (1984), zum 75. ein Buch mit dem Titel „Unsere sittliche Pflicht. Leben für Deutschland“ (1989). Hingewiesen sei auch auf sein Taschenbuch „Ausgleich mit Osteuropa. Versuch einer europäischen Friedensordnung“ (2. Aufl. 1970), vor allem aber auf sein im vergangenen Jahr im Knecht-Verlag erschienenenes, mehr als 1.000 Seiten umfassendes Werk „Unterwegs zum kleinsten Deutschland“, das sich im In- und Ausland einer großen Beachtung erfreut.

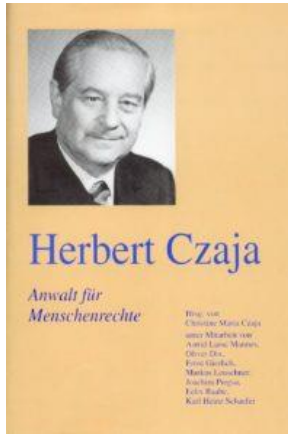
Eigentlich sollte dieses Buch in jeder öffentlichen Bibliothek und in den Universitäten vorhanden sein.

Im September 1996 besuchte Herbert Czaja nach 50 Jahren seine Heimat. Gemeinsam mit seiner Frau und zwei der Söhne stand er am Grab seiner Eltern in Skotschau. Er kam mit alten Krakauer Freunden zusammen und führte Gespräche mit Vertretern der Deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaft. Die polnische Presse und das polnische Fernsehen, die ihn während des Besuches stark beanspruchten, berichteten durchweg wohlwollend über den früher nicht gerade freundlich behandelten BdV-Ehrenpräsidenten.

Herbert Czaja war ein liebenswürdiger und entgegenkommender Mensch, der in der Sache hart kämpfend für Recht und geschichtliche Wahrheit eintrat und der in zutiefst christlicher Verantwortung die Zukunft mitgestaltete. Er war ein großer Freund der Jugend, der er mit Rat und Tat zur Seite stand. Geradlinigkeit und Verantwortungsbewußtsein bestimmten sein Handeln. Der Verfasser dieser Zeilen dankt Herbert Czaja für jahrelange enge Zusammenarbeit und persönliche Verbundenheit, die fehlen werden.

Herbert Czaja – Anwalt für Menschenrechte (Download)

Herausgegeben von Christine Czaja unter Mitarbeit von Astrid Luise Mannes, Oliver Dix, Ernst Gierlich, Markus Leuschner, Joachim Piegsa, Felix Raabe, Karl Heinz Schaefer



Herbert Czaja entfaltete bis zum Tod im Jahre 1997 ein vielfältiges politisches Wirken. Das vorliegende Buch stellt das öffentliche Leben Herbert Czajas umfassend dar.

Zum ersten Mal wird zusammenhängend u.a. seine 37-jährige Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag als CDU-Abgeordneter nachgezeichnet, ebenso die 24-jährige Präsidentschaft im Bund der Vertriebenen und sein 32-jähriges Engagement im Zentralkomitee der deutschen Katholiken.

Ein Dokumentationsteil weist zahlreiche seiner publizierten Reden und Aufsätze auf. Viele seiner realistischen Konzepte für einen gerechten Ausgleich, ein Geben und Nehmen im Rahmen einer europäischen Friedensordnung werden dargelegt.

Bonn 2003, 425 Seiten, 17 Abbildungen, gebunden, vergriffen

[Hier als kostenloses Download](#)

Herbert Czaja, Die Charta als Grundlage einer gesamteuropäischen Friedensordnung

Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950 ist nach dem Zweiten Weltkrieg der erste Entwurf für eine Verständigung zwischen den Staaten, Völkern und Volksgruppen ganz Europas unter Wahrung der Rechte Deutschlands und der Deutschen.

Über zwölf Millionen Deutsche hatten durch Flucht und Vertreibung seit 1944/1945 ihre Heimat verlassen müssen, über zwei Millionen hatten dabei den Tod gefunden.

Viele der Vertriebenen, die bis 1950 in Westdeutschland Aufnahme gefunden hatten, waren noch berufsfremd, auf dem flachen Land mit Hilfsarbeiten befasst oder bemühten sich, aus eigener Kraft eine neue Existenz aufzubauen. Viele waren noch arbeitslos und in überfüllten Lagern untergebracht.

Um die ersten Nothilfe- und Eingliederungsgesetze und um die „innere Umsiedlung“ vieler Vertriebenen aus den überfüllten Aufnahmeländern in die Länder der französischen Besatzungszone und andere aufnahmefähige Regionen wurden harte politische Auseinandersetzungen ausgetragen. Einen dem heutigen Bund der Vertriebenen vergleichbaren Gesamtverband gab es noch nicht. Zwischen dem nach der Wohnsitznahme gegliederten und besonders um soziale und wirtschaftliche Fragen bemühten Zentralverband der vertriebenen Deutschen (ZvD) und den Landsmannschaften, die sich auf die heimatpolitische Arbeit konzentrierten, herrschten Spannungen.

Aber noch unter dem unmittelbaren Eindruck der völkerrechtswidrigen Massenvertreibungen unterzeichneten die führenden Vertreter beider Gruppen die Charta. Die Teilnehmer und Augenzeugen geschichtlich bedeutender Ereignisse ahnen nur selten deren dauerhafte Auswirkungen. So ahnten wohl nur wenige der Unterzeichner damals, dass man in dem Dokument später das Grundgesetz der vertriebenen Deutschen sehen werde. Für Presse und Zeitzeugen trat im August 1950 eine stürmische Großkundgebung vor den ausgebrannten Fassaden des Stuttgarter Neuen Schlosses in den Mittelpunkt des Interesses. Es war für die Landeshauptstadt die bis dahin größte Protestkundgebung, die am fünften Jahrestag des „Potsdamer Protokolls“ zugleich den Auftakt zum ersten „Tag der Heimat“ bildete.

Für den geschichtlichen Rang der Charta und ihre bleibende Bedeutung spricht die darin geforderte sittliche Verantwortung für unser Volkstum und alle europäischen Völker. Die tätige Einschaltung der deutschen Heimatvertriebenen in den Wiederaufbau soll in einem freien und einigen Europa der Überwindung von Schuld, Leid und Gegensätzen dienen, die auf allen Seiten in den Grausamkeiten des Weltkrieges ihren bösen Höhepunkt erreicht hatten.

Die Charta ist geprägt aus der evangelischen Tradition sittlicher Verantwortung für Deutschland, für Volk und Vaterland, die sich mit dem katholischen Naturrechtsdenken berührt. Wahrscheinlich lag die Federführung für dieses ebenso würdige wie prägnant gefasste Dokument bei Ottomar Schreiber und Axel de Vries.

Von der christlich-sittlichen Prägung zeugt die Betonung des Rechtes auf die Heimat als eines von Gott gegebenen Grundrechts, der Hinweis auf die Verantwortung für unser Volkstum vor Gott und den Menschen, für die Heimat als Geschenk und Aufgabe Gottes und der Hinweis auf die reifliche Gewissensprüfung sowie den ernstesten heiligen Entschluss. Sie ergibt sich auch aus der gleichgewichtigen Behandlung von Pflichten und Rechten sowie aus der Absage an Vergeltung und Rache im Namen derer, die eben erst Todesmärsche, Hunger, Folter und Not bei der menschenrechtswidrigen Massenvertreibung überstanden hatten.

Die Bundesversammlungen des Bundes der Vertriebenen haben in den letzten Jahren dieses Konzept fortgeschrieben und gefordert, dass mehr als bisher für Fortschritte auf dem Wege zur Erfüllung der deutschen und europäischen Kernaufgaben durch Verwirklichung der Menschenrechte jenseits des Eisernen Vorhangs, durch eine Neubegegnung der Menschen von Ost und West in Freiheit und durch die ehrliche Erörterung der Strukturelemente einer freien Zukunft Deutschlands und ganz Europas zu tun ist. Eine freiheitliche gesamteuropäische Ordnung der Staaten, der Völker und der Volksgruppen könnte angesichts der Schwierigkeiten im Ostblock vom Westen in friedlichem Wandel erreicht werden. Sie soll das fortbestehende ganze Deutschland im Rechtsverband einer gesamteuropäischen freien Staatengemeinschaft wieder handlungsfähig machen und möglichst viel von Deutschland sichern. Ebenso soll das Recht auf die Heimat der Deutschen und anderer Volksgruppen gegenüber den Mehrheitsvölkern in einer umfassenden Selbstverwaltung europäisch gewährleistet sein. Dabei soll die Beachtung der Würde, der Existenz und der freien Entfaltung die Nachbarn und die Deutschen in engem Schulterschluss zum materiellen und geistigen Wiederaufbau des vom Niedergang bedrohten ganzen Europa zusammenführen. Unterdrückung, Unterjochung oder gar Vertreibung von Menschen und Völkern müssen ausgeschlossen sein.

Trotz vieler Missverständnisse und Durststrecken hat der Bund der Vertriebenen – nicht ohne Rückschläge – schrittweise mehr Beachtung bei unserem Volk und den Nachbarn sowohl für den Rechtsgehorsam gegenüber dem fortbestehenden ganzen Deutschland und für das Streben nach Menschenrechten für Nichtdeutsche und Deutsche in Europa als auch für konstruktive Ziele gemeinsamen Handelns erreichen können.

Dr. Herbert Czaja MdB († 1997)

Ausgleich mit Osteuropa – Versuch einer europäischen Friedensordnung



Vor 50 Jahren erschien im Stuttgarter Seewald-Verlag diese zukunftsweisende Schrift in 2. Auflage. Autor war Dr. Herbert Czaja (1914 – 1997), der frühere Präsident des Bundes der Vertriebenen (März 1970 – April 1994). Leider ist diese Broschüre inzwischen vergriffen.

Dankenswerterweise hat der frühere Geschäftsführer der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen Dr. Ernst Gierlich die 64 Seiten ins „Kulturportal West-Ost“ gestellt. Der Journalist Thomas Urban hatte schon vor Jahren dafür plädiert, Czajas wegweisende Abhandlung in die polnische Sprache zu übersetzen. Vielleicht ist dies schon geschehen? Ausgehend von der „Friedenspflicht der Christen in der Gegenwart“ werden die „Prinzipien der katholischen Friedenslehre“ aufgezeigt und die „Grundlagen der Friedensordnung mit unseren

unmittelbaren östlichen Nachbarn“. Die Problematik von „Einzelschuld und Kollektivschuld“ wird erläutert, ebenso das „Recht auf die Heimat“ im Zusammenhang mit dem „Aufbau europäisierter, internationaler Territorien“. Die profunden Kenntnisse der osteuropäischen Problematik (u. a. perfekte Beherrschung der polnischen Sprache!) legitimieren den früheren Leiter der „Arbeitsgruppe für Osteuropafragen“ des Außenpolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestags (Mitglied in der CDU-Bundestagsfraktion von 1953 bis Ende 1990) als Autor für die oben genannten Themenbereiche. Lösungswege zeigt Herbert Czaja in einem europäischen Volksgruppenrecht auf als Diskussionsgrundlage in der Auseinandersetzung mit Anhängern der Verzichtspolitik. Vorausschauend erklärt der Vertriebenenpolitiker im letzten Kapitel mit dem Titel „Christliche Hoffnung in schwieriger Lage“: „In zwanzig Jahren sind starre nationalstaatliche Grenzen möglicherweise überholt“ (S. 63).

Übrigens förderte die Herausgabe dieser Schrift der damalige gesamtdeutsche Minister Herbert Wehner (SPD). Als Sprecher der Landsmannschaft der Oberschlesier führten Herbert Czaja und Otto Ullitz, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Oberschlesier, ein intensives Gespräch mit Herbert Wehner über politische Kompromisslösungen für Oberschlesien.

Die schnelle Verbreitung nach dem Erscheinen von „Ausgleich mit Osteuropa“ im Osten hatte ein Stasi-Mitglied aus der DDR verursacht, nachdem Falschmeldungen in der kommunistischen Presse über den Inhalt kursierten. Die polnische Presse wurde hellhörig und bestellte 100 Exemplare via Wien nach Polen. Die Aufmerksamkeit war groß; zuerst wurde überall Kritik geäußert – wenig später jedoch relativ sachlich berichtet!

Kernpunkte aus „Ausgleich mit Osteuropa“ findet man auch in der sog. „Bremer Erklärung“, die der ostoberschlesische Autor weitgehend selbst formulierte. Als Gast der BdV-Bundesvertreterversammlung in Bremen am 17. und 18. Januar 1970 erläuterte der spätere BdV-Präsident die „Bremer Erklärung“, d. h. er kämpfte sozusagen Satz für Satz dafür. Sie wurde bei wenigen Enthaltungen angenommen. Erst danach erklärte sich Herbert Czaja zur Kandidatur bereit, nachdem er auch von vielen Vertretern der Landsmannschaften dazu aufgefordert worden war. Zuvor hatte der Kandidat vielen Zeitgenossen als zu christlich und zu versöhnungsbereit gegolten! Am 15. März 1970 wurde er mit Zweidrittel-Mehrheit zum neuen BdV-Präsidenten gewählt. Es folgten kurz darauf schwere Jahre in der Zeit der Ostverträge mit vielen Anfeindungen aus dem links- und rechtsextremistischen Lager samt Telefonterror und ähnlichen Drohungen.

Auf einen Kernsatz der „Bremer Erklärung“ soll zum Schluss noch hingewiesen werden, der auch in der Austrittsrede vom neuen BdV-Präsidenten wiederholt wurde: „Zu einer gesicherten europäischen Friedensordnung ist Raum für einen dauerhaften und gerechten Ausgleich und enge Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen!“

Stefan Teppert

[Hier der Text „Herbert Czaja, Ausgleich mit Osteuropa“ als Download](#)

Das Vermächtnis des von den Nationalsozialisten ermordeten Jesuitenpaters Alfred Delp / Von Dr. Herbert Czaja, MdB †

Am 2. Februar 1945 wurde P. Alfred Delp SJ hingerichtet. Das Todesurteil war, anders als bei vorangegangenen Urteilen, nicht sofort vollstreckt worden. Zeitweise gefesselt, konnte er ab 11. Januar eine Reihe von Briefen und Meditationen aus dem Gefängnis herausschmuggeln (Gesammelte Schriften IV, S. 102 ff.), die sich auch mit der sittlichen und religiösen Pflicht für Deutschland befassten. Zwischen aussichtslosem Hoffen auf Rettung und der Vorbereitung auf den Tod hat er sie teilweise „in großer innerer Ruhe“ auf dem Weg zur letzten Freiheit vor Gott und dem Erlöser geschrieben. Sie sind ebenso ehrlich wie erschütternd.

Unerträgliche Ketzerei

Ohne direkten Kontakt mit dem 20. Juli 1944 zu haben, wurde er verurteilt wegen der für Freisler unerträglichen „Ketzerei gegen das Dogma: NSDAP – Drittes Reich – Deutsches Volk = leben gleich lang und sterben miteinander“ (IV, 106). Wenige Monate vor der militärischen Kapitulation, die Deutschland fortbestehen ließ, schrieb Delp: „Mein Verbrechen ist, dass ich an Deutschland glaubte, auch über eine mögliche Not- und Nachtstunde hinaus. Dass ich an jene simple und anmaßende Dreieinigkeit des Stolzes und der Gewalt nicht glaubte. Dass ich dies tat als katholischer Christ und als Jesuit. Das sind die Werte, für die ich hier stehe am äußersten Rande und auf den warten muss, der mich hinunterstößt: Deutschland über das Heute hinaus als immer neu sich gestaltende Wirklichkeit – Christentum und Kirche als die geheime Sehnsucht und die stärkende, heilende Kraft dieses Landes und Volkes ...“ Auch Delps frühere zahlreiche Aussagen zur geschichtlichen Bedeutung von Heimat, Volk und Deutschland sind heute auch noch – und wieder gültig. Kardinal Höffner hat beim Neujahrsempfang der Diözesanräte von Köln dazu Bedeutsames formuliert.

Delp war unter anderem wegen der Besprechungen mit Helmuth J. Graf Moltke (ohne Teilnahme von Nationalsozialisten, aber in Anwesenheit eines Jesuiten) über eine mögliche Erhaltung der Einheit des Deutschen Reiches und die Mobilisierung der Unbelasteten zur politisch-geistigen Abwehr bei der Besetzung des Reichsgebietes verurteilt worden (IV, 113 und 357 ff.). Dabei war gedacht an die Mobilisierung der Heimatverbundenen, „der wirtschaftlichen Gegebenheiten“ und der „Kirche als moralischer Hilfe“ (IV, 357), allerdings nach völliger Ablösung der NSDAP und ihrer Repräsentanten. „In diesem Fall (der Besetzung) darf kein Friede geschlossen werden, sondern muss im ganzen Reich eine einheitliche Linie der Abwehr durchgehalten werden“ (IV, 357). Wenige Monate vor der Kapitulation forderte er die Sicherung des Arbeitsfriedens und den bundesstaatlichen Föderalismus und Abwehr gegen die Unterdrückung, vor allem in den Regionen und Ländern.

Am meisten hatte er Freisler erregt, als er und die anderen darauf hofften, nach einem verlorenen Krieg das Deutsche Reich politisch retten zu können, „bei gewissen

innerdeutschen Voraussetzungen“ (IV, 359). Als besondere Belastung galt auch, dass er mit Moltke, Mierendorff und katholischen Kreisen Möglichkeiten zur „Schaffung der Grundlage einer schwarz-roten Koalition“ erörterte (IV, 158). Nach Freisler aber durfte und konnte es kein „Nachher“ für Deutschland bei einer Niederlage des Nationalsozialismus geben. Deutsches Volk, Christentum und katholische Kirche waren für ihn unvereinbar.

Delp aber sah die Zukunft so: „Man soll das wissen und festhalten, dass wir bereit sind, für Deutschland zu sterben, weil wir als Christen an Deutschland geglaubt haben“ (IV, 360). „Durch die Art der Prozessführung hat unser Leben ein Thema bekommen, für das sich leben und sterben lässt. Entweder fallen wir als Samen für dieses kommende Deutschland, oder wir werden mit Gewalt und mit ungeheurer Intensität gebildet für den Dienst an diesem Deutschland ...“ (IV, 360). Für diesen Samen haben in anderer Weise auch gewirkt: Helmuth J. Graf Moltke, Graf Stauffenberg, Bolz, Julius Leber, Leuschner, Goerdeler und viele andere aus dem sozialdemokratischen, bürgerlichen, aber auch aus dem preußischen oder als konservativ oder sonstwie abgestempelten Widerstand.

Folgen des Grauens

Einige konkrete Zielsetzungen mögen – und man muss das aus der Zeitgeschichte verstehen – übersetzt gewesen sein. Die Anfänge der Konzeptionen lagen ja in einer Zeit des scheinbar großen NS-Erfolges in aller Welt und gewaltiger Kriegserfolge. Manches Überzogene in den konkretisierten Plänen und manches Stilistische wird überholt sein, das Grundanliegen für Deutschland, für die Deutschen und für Europa bleibt.

Geraume Zeit hat man bei uns wenig über den „Dienst an Deutschland“ – sittlich gereinigt, eingefügt in den Dienst am Gemeinwohl der Völker – verantwortungsvoll diskutiert. Nun scheint dies wieder eine aktuelle, wenn auch politisch umstrittene Aufgabe zu werden. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz mahnte beim Neujahrsempfang deutlich zum Maß, aber auch zur tapferen Klugheit, zum Offensein und zur Pflichterfüllung für diese gesamtdeutsche und gesamteuropäische Verantwortung.

Die kämpferische Linke verschweigt oft dieses von Delp und anderen Widerstandskräften angesprochene Ziel für unser Volk und für Deutschland. Für die Kommunisten bei uns und für die kommunistische Medienpropaganda bei unseren östlichen Nachbarn gab es diesen Widerstand nicht, oder er wird fälschlich als nationalstaatlicher Rettungsversuch preußischer Junker, unmittelbar vor der unausweichlichen Niederlage, entstellt. Auf der anderen Seite ist für diejenigen, die mit dem Nationalsozialismus geistig verbunden waren, aber auch für einen Teil des deutschen Rechts-Konservatismus, dieser Widerstand extremes Unrecht gegen die – meist rechtspositivistisch verstandene – Unterwerfung unter jede Regierungsgewalt gewesen, also einfach Verrat.

Am schlimmsten aber sind bei ihrem Verhältnis zu diesen Aussagen und Plänen die „Lauen“, die „Epigonen des Nationalsozialismus“. Darunter sind manche, die in der Jugend noch teils unbewusst, teils falsch begeistert, teils aber auch überzeugt „mitmachen“, oder deren Eltern mit der Zwangsherrschaft verwoben waren. Viele von ihnen gestehen nur sehr ungern selbst erklärbare Irrtümer ein und scheuen sich, sie persönlich aufzuarbeiten; man beruft sich auf die Kollektivschuld oder die völlige Unbetroffenheit; die Folgen des Grauens versucht man möglichst anderen aufzubürden; nicht zuletzt fordert man von den Ostdeutschen, gleichzeitig bedauernd, den Verzicht auf ihre Rechte als Sonderopfer für das ganze Deutsche Volk. Aber auch nicht wenige aus diesen Reihen und aus den Reihen derer, die nur den wirtschaftlichen Aufstieg nach dem Krieg erlebt haben, sind bereit, die Pflichten für unser Volk oder das rechtlich fortbestehende Reich auch im freien Teil Deutschlands vor friedensvertraglichen Regelungen und auf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands zu verzichten, sich fremden Interessen anzubieten, ohne Abwägung des vor dem Gemeinwohl der Völker und vor einem tragbaren dauerhaften Ausgleich und Frieden Vertretbaren und Richtigen. Nicht selten wird das bei jungen Menschen, denen zu wenig Kenntnisse in der Zeitgeschichte vermittelt wurden, propagiert. Diese „Epigonen des Nationalsozialismus“ wollen die Freiheit unverantwortlich auf Rumpfdeutschland und den wirtschaftlichen Wohlstand beschränken. Die „Lauen“ denken nicht mehr an das Vermächtnis des deutschen Widerstandes für Deutschland, halten es für überholt, zeitbedingt, bestenfalls im Einfluss auf das nicht mehr voll ernstgenommene Grundgesetz für allgemeine europäische Zielsetzungen für konsumiert.

„Juristisches Schattenreich“

Aber plötzlich ist in vieler Munde die Frage nach dem deutschen Volk im allgemeinen – also ethnisch gemeint – und dem deutschen Volk im besonderen – also als Staatsvolk –, nach der deutschen Nation, nach dem, was Deutschland auch heute noch ist, welche Rolle es einmal in Europa haben könnte, die Frage danach, was europäische Einigung eigentlich bedeutet. Kissinger, Mitterrand, Chirac, Frau Thatcher, Jacques Delors und Gaston Defferre sagten, wenn man sich im Westen nicht um einen freiheitlichen Ausgleich in der deutschen Frage bemühe, werde sich der Osten mit furchtbaren Folgen für Europa dieser Frage bemächtigen. In der DDR wird wieder ein massiver nationaler Überschwang zum Ziel einer Ausdehnung des „realen Sozialismus“ betrieben, bei uns in der Bundesrepublik macht sich von links und rechts ein isolationistisches, neutralistisches Nationalgefühl bemerkbar – was brauchen wir West, was brauchen wir Ost, wir selbst können uns schützen und allein unseren Weg in Europa bestimmen. Wieder andere schwören auf den „Status quo“, auf Rumpfdeutschland, andere haben bestenfalls West- und Mitteldeutschland im Auge. Helmuth J. Graf Moltke wirkte aber in Schlesien, wo sich der Kreisauer Kreis um die sittliche Selbstreinigung der Deutschen Gedanken machte. Man vergisst auch, dass 1930 Oberschlesien das zweitschlechteste Ergebnis für die NSDAP erbrachte, 1932 dort noch immerhin 36 Prozent das Zentrum und nur 26 Prozent die NSDAP wählten.

Bedenklich erscheinen auch verbale Bekenntnisse zu Deutschland – bei gleichzeitiger Vertagung aller Bemühungen für Fortschritte zugunsten Deutschlands in unabsehbare Ferne.

Der Same, von dem Delp sprach, war lange verborgen, manches fiel auf steinigem Grund und unter Disteln, aber auch einiges auf fruchtbares Erdreich. Gehört zu den immer aktueller werdenden Entscheidungen zum „Dienst an Deutschland“ heute nicht wieder die dramatische Frage Theodor Haeckers vor mehr als 40 Jahren – nach Jesaias –: Custos, Quid de nocte – wie steht es um die Entscheidungsstunden? Das Ringen um Delps Vermächtnis, seine zeitgemäße Verlebendigung ist im Gange. Der Weg der Geschichte bleibt immer auch ein Kreuzweg (IV, 307). „Es hat jede Zeit und jedes Geschlecht seinen Auftrag in der Geschichte“ (IV, 308). In Bezug auf sein Volk schrieb Ähnliches früher einmal der jetzige Papst.

Als bedeutend bezeichnete Politiker geben zum aktuellen „Dienst an Deutschland“ unterschiedliche Antworten. Viele Politiker und die meisten Schulbücher, ebenso das Fernsehen und unsere ausländischen Vertretungen wagen meist nicht zu sagen, was Deutschland auch heute noch ist; das ist für ein Staatsvolk ein wahrhaft sonderbarer Zustand; da könnten wir uns schon bei anderen Völkern in Ost und West etwas Mut holen.

Für den stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden und positivistischen Rechtslehrer Dr. Ehmke ist Deutschland ein „juristisches Schattenreich“. Hans-Jochen Vogel, SPD-Fraktionsvorsitzender, und der SPD-Bundesgeschäftsführer Dr. Glotz schwören auf den Status quo und vermitteln hier die Ängste und Angriffe osteuropäischer Diktatoren, ohne sie zurechtzurücken. Als Willy Brandt am 18. November 1984 die Chancen der Geschichte für Deutschland in München suchte, meinte er, dass die durch den Nationalsozialismus geschundene Heimat nicht mehr ein verpflichtendes Vaterland war, aber ihm die deutsche Nation dann nahestand, wenn „es ihren Angehörigen besonders dreckig ging“. Ab wann das für ihn in den ersten Monaten nach dem Kriegsende gilt, wird er am besten selbst darlegen können. Aber bestimmt wird es gegen Deutschland und die deutsche Nation 1985 viel propagandistisches Trommelfeuer geben. Ihm wäre dann zu wünschen, dass er nicht nur wegen der Kindheit ein lebendiges Verhältnis zur Heimat Mecklenburg, sondern auch zu unserem ganzen Deutschland hätte. Um so mehr, als man das „Godesberger Programm“ in der SPD für überholt hält, das immerhin für die „internationalen Verhältnisse“ und Europa das Recht auf die Heimat auch der Deutschen und wirksame Volksgruppenrechte für unabdingbar hielt. 100 Jahre SPD sind 100 Jahre Selbstbestimmung, das wird heute kaum auf die Fragen von Volk und Nation bezogen. Der linke SPD-Flügel gibt sich heftig anti-amerikanisch. Wenn die SPD aber nicht wieder ein Stück auf Schumacher und andererseits auf die linke Mitte zugeht, droht sie einflusslos in der deutschen Politik zu bleiben. In dieser schwankenden Lage aber bräuchte man eine selbstbewusste, mutig für ein freies Europa wirkende Sozialdemokratie.

Die Grünen reden vom natürlichen Leben: wenn es aber um Volk und Staat geht, ist oft marxistisch-leninistisches Vokabular nicht ohne Einfluss; noch öfter herrscht wirklichkeitsferne Schreibtisch-Ideologie, ohne Bindung an die natürlichen Gemeinschaften in diesen Fragen. Die deutschlandpolitischen Ziele der Grünen sind mindestens ungeklärt und innerparteiisch umstritten; veröffentlichte Diskussionspapiere sind katastrophal.

Die FDP bewegt sich auch hier auf einem schwankenden Waagebalken, ängstlich bedacht auf die täglich wechselnde veröffentlichte Meinung. Sie hat in sich selbst sehr zahlreiche unterschiedliche Auffassungen. Der besonders vertraute Mitarbeiter des derzeitigen Vorsitzenden und einer der ganz entscheidenden Männer im Auswärtigen Amt, Herr von Braunmühl, hat im „Europa-Archiv“ einen – für einen Beamten des Auswärtigen Dienstes in dieser Stellung ungewöhnlichen – Artikel veröffentlicht, der wohl mehr für die Stabilisierung des Status quo in Deutschland als für die Stabilisierung der Sicherheit plädierte. Zur Tragweite der Ostverträge äußert sich der Bundesaußenminister verschwommen, teilweise nicht den deutschen Standpunkt verfassungs- und vertragskonform klar umreißen. Bemühungen um den friedlichen Wandel in Europa und Deutschland werden bestenfalls im Sinne humanitärer Erleichterungen, die sicherlich wichtig sind, erwähnt; der bedeutsamen Frage der politischen Nutzung gewaltiger finanzieller Hilfen für Osteuropa zugunsten erträglicherer nationaler und volkswirtschaftlicher Verhältnisse wird ausgewichen.

Das Nichtverfügen über Teile Deutschlands – auch nicht über die Gebiete östlich von Oder und Neiße – in den Ostverträgen, das Fehlen jeder Anerkennungsformel in diesen Verträgen, die Beschränkung auf den Gewaltverzicht (was Gromyko, Scheel und das Bundesverfassungsgericht festhielten) werden weder eindeutig noch griffig dargelegt. Die Beschränkung in den Ostverträgen auf die Hinnahme der „gegenwärtigen Lage“ bis zu friedensvertraglichen oder sonstigen Regelungen bei Nichtanerkennung der territorialen Souveränität Polens und der Sowjetunion in Teilen Deutschlands, ebenso das Währungsgebot des Grundgesetzes für gesamtdeutsche Belange und die Treue zu Deutschland werden kaum erwähnt. Es fehlt die Abwehr polnisch-kommunistischer Gebietsansprüche auf das weder vertraglich zugestandene noch nach der Vier-Mächte-Verantwortung mögliche Vollrecht der territorialen Souveränität, also des völkerrechtlichen Eigentums Polens in den Gebieten östlich von Oder und Neiße. Es fehlt die Betonung der vom Grundgesetz und vom Bundesverfassungsgericht geforderten Beachtung der Mitverantwortung für die Wahrung aller gesamtdeutschen Rechtspositionen. Lobenswert ist das Bekenntnis zu den Menschenrechten, doch wird bei deren Verletzung im Einzelfall und gegenüber Zehntausenden Deutschen oder Menschen anderer Völker darüber nicht im Rahmen der zulässigen diplomatischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten verhandelt. Die kleinste deutsche Partei ist in der Außenpolitik jedoch mächtig und die Koalition von ihr abhängig.

Die CDU und die CSU haben sehr gute, noch geltende, etwas zu selten zitierte Grundsatzprogramme zu Deutschlandfragen. Die Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl vom 4. Mai 1983 ist in der Deutschlandproblematik zukunftsweisend und unterscheidet sich von den Erklärungen vorangegangener Regierungen. Die gesamtdeutschen Verpflichtungen des Grundgesetzes und das Offensein der ganzen deutschen Frage stehen vornan, das Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht auch der Deutschen zur aktiven Menschenrechtspolitik ist klar. Stark betont ist der Deutschlandvertrag, der bekanntlich zur Wiedervereinigung und einer erst späteren endgültigen Grenzregelung in Deutschland verpflichtet, den die Ostverträge ausdrücklich unberührt ließen. Ebenso wird Nachdruck auf die klaren Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts von 1973 und 1975 gelegt, wonach nicht nur Mitteldeutschland weiterhin zu Deutschland gehört, sondern auch die Gebiete östlich von Oder und Neiße. Es folgt das Bekenntnis zu den Ostverträgen, wobei der Kanzler wiederholt vor dem Verschweigen der für Deutschland günstigen und das Offensein der deutschen Frage begründenden Bestimmungen warnte. Er bezeichnete Zimmermanns Bekenntnis zur weiteren Zugehörigkeit der Ostprovinzen zu Deutschland bis zu friedensvertraglichen Regelungen in London öffentlich als rechtmäßig und widersprach besonders plastisch der dauernden Teilung Deutschlands in Moskau. Er lobte auch die deutschlandpolitischen Verdienste der Heimatvertriebenen und nahm sie gegen Angriffe aus dem Ostblock in Schutz. Der Fraktionsvorsitzende, Dr. Dregger, ist ein überzeugter gesamtdeutscher Patriot.

Gesamtdeutsche Verantwortung

Allerdings bräuchte gegenüber den kommunistischen Druckversuchen im Alltag die Union noch, nicht nur für Experten, griffigere Formeln darüber, was in den Ostverträgen steht und was nicht darin steht: dass territoriale Integrität eben Gewaltverzicht bedeutet und Polen Ansprüche gebietlicher Art an Deutschland stellt, nicht wie an völkerrechtlich anerkanntermaßen zu Polen gehörende Gebiete – wozu die Gebiete östlich von Oder und Neiße eben nicht zählen. Der Bundeskanzler hat entscheidenden Einfluss auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen genommen. Die Union bräuchte noch mehr Einfluss auf das konstante außenpolitische Wirken für einen friedlichen Wandel zugunsten der Menschenrechte und Deutschlands. Die Wende muss allerdings aus vielen Wendemanövern bestehen. Wegen manchmal übervorsichtiger Äußerungen gibt es im politischen Alltag einige Unsicherheiten. Der Debattenstand der Jungen Union in der Deutschlandfrage ist offen und beachtlich. Wichtig wäre, sich an das Prinzip Adenauers verstärkt zu erinnern: Die Sicherheits- und die Deutschlandfrage gehören untrennbar zusammen. In der auswärtigen Kulturpolitik und auch in einigen innerstaatlichen Entscheidungen zur Deutschlandfrage müsste die Union noch stärker auf die Beachtung der gesamtdeutschen Verantwortung drängen.

1985 wird es gegen die Treue zu Deutschland und zu unserem Volk harte Angriffe geben. Unmittelbar nach dem Tode Delps wurde das Protokoll von Jalta formuliert.

Die amerikanische Administration moniert, dass die zugesagten Freiheiten in Osteuropa fehlen, und erklärt, sie habe Osteuropa nicht preisgegeben. Vor dem Deutschlandvertrag, am 22. März 1952, erschien im „Bulletin“ ein amtlicher außenpolitischer Artikel zu den Wechselbeziehungen von Jalta zu den Oder/Neiße-Fragen. Damals erklärte das Auswärtige Amt, die Nichterfüllung von Jalta und der Zeitablauf hätten die Möglichkeit eines Friedensdiktats gegen Deutschland hinfällig gemacht, man werde in Zukunft mit Deutschland verhandeln müssen – und dies auch über die Ostprovinzen. Wenn man von der Kontinuität der deutschen Außenpolitik spricht, sollte man diese amtliche Stellungnahme, die wahrscheinlich vom NS-verfolgten Völkerrechtsberater Konrad Adenauers, Prof. Kaufmann, formuliert wurde, beachten.

Die politische Aufgabe

Für 1985 sollte man sich an einigen Worten Delps stärken. Deutschland behält eine geistige, eine soziale, eine politische Aufgabe. „Wir sind die einzigen, die es immer wieder wagen, ganz von vorne zu beginnen ...“ (IV, 328) Dies gilt nach Delp auch für die deutsche Rolle in Europa. „Wehe, wenn das schöpferische deutsche Volk auch nur in einer geschichtlichen Stunde schwiege, aus Resignation und Ermüdung.“ Er verlangt eine Leidenschaft zu den geistig fundierten Ordnungen und die Sicherung einer sozialen Gesellschaft. Delp wäre heute auf dem Weg nach europäischen und humanistischen Werten, einer föderalen Ordnung der Staaten, Völker und Volksgruppen, in der die Heimatverbundenheit eine große Rolle spielt, einem Weg der entschiedenen Abwehr von Überschwang, unglaublicher Unterwürfigkeit, Isolationismus und Neutralismus in den Fragen unseres Volkes, unserer Nation und Deutschlands.

Delp meinte es bitter ernst und aktuell um sein Volk und um die Regionen Deutschlands. Im „Dunkel der Zerreißprobe“ schreibt Delp, der Herr „sät mich als Samen oder er richtet mich zu einem großen Werk“.

Beim Gedenken die Leiden der Vertriebenen nicht vergessen

Die Frage der Deutschen im Osten sollte man nicht ad acta legen / Von Herbert Czaja † (Aus: Deutsche Tagespost, 25.04.1995)

Im Jahr 1995 ist es geboten, sorgfältig, vertieft und gerecht der Vorgänge von 1945 und davor zu gedenken, mit dem Bemühen, unbewältigte Folgen aufzuarbeiten. Beim Neujahrsempfang des Bundespräsidenten mahnte der Nuntius Erzbischof Kada, die Geschichte den nächsten Generationen nicht als eine Geschichte der Lüge, sondern als die der Wahrheit anzubieten. Man solle dies mit der Bereitschaft tun, „nichts wegzulassen und nichts hinzuzufügen“.

Johannes Paul II. hat vor Kurzem beim Angelus gesagt, leider wären auch unsere Tage durch Gewalt gekennzeichnet, man sollte verhindern, dass man morgen „über andere Auschwitz von heute“ urteilen würde; es dürfte nicht „wieder Völkermord“ geben.

Die deutschen Bischöfe haben im Januar ein bedeutsames Wort zu Auschwitz veröffentlicht. Auf diese abgewogenen Worte folgten Passagen des „Zentralkomitees“ zur jahrhundertealten „Israelvergessenheit“ der Kirche. Dies hat sich jedoch mit dem Alten Testament, dem Gesetz und dem Judentum ständig befasst, freilich auch mit Fehlern im Urteil über das Judentum. Zu begrüßen ist in der Erklärung der Bischöfe die Forderung, das Verhältnis zu den Juden „im Geiste Jesu Christi“ zu gestalten, sündhaftem Antisemitismus und Rassismus zu widerstehen, sich dem Hass gegen die Judenschaft und die Juden zu widersetzen, aber auch die Erkenntnis zu vertiefen, wieviel in der Kirche aus Israel stammt und was mit Israels Erbe im Glauben, in der Ethik und in der Liturgie verbunden ist.

Ebenso wichtig ist auch die Feststellung, dass es „unter Katholiken vielfach Versagen und Schuld gegeben“ hat. Richtig ist, dass es sich unter nationalsozialistischer Diktatur in vielerlei Hinsicht um „präzedenzlose Verbrechen“ handelte und die Absicht auf Vernichtung, auf Völkermord gerichtet war.

Es kann in diesem Fall jedoch nicht unangebracht sein, auch einzelne Bedenken zu äußern. An mehreren Stellen der Erklärung kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass kollektivistisches Denken anklingt. „Sündige Kirche?“ Es geht doch um viele „Sünder in der Kirche“. Das Wesen der Kirche Jesu Christi kann nicht „sündig“ sein!

„Die polnischen Bischöfe haben – vielleicht polnische Erscheinungen des Antisemitismus etwas zurückhaltend behandelnd – von Auswirkungen in der Kirche gesprochen, aber sie nicht als „sündige Kirche“ beurteilt. Vieldeutig ist auch die Formulierung „Schuldgeschichte unseres Landes“. Die Schuld eines Landes, des Staates, eines Staatswesens? Ist die grausame Schuld der NS-Diktatur gleichzusetzen mit der „Schuld Deutschlands“? Kardinal Höffner hat in seinen Äußerungen von 1985 und 1989 die Kollektivschuld abgelehnt. Desgleichen dankenswerterweise Elie Wiesel.

Kollektivistisches Denken

Anklänge an Kollektivschuldbehauptungen haben in den evangelischen „Bielefelder Schulderklärungen“, zum Teil auch im „Stuttgarter Schuldbekenntnis“ und im „Memorandum der Tübinger Acht“ bald nach dem Krieg eine Rolle gespielt. Das kollektivistische Denken, auch des Marxismus oder eines totalitären Nationalismus, Rassismus und der Organismuslehre einiger Romantiker ist zu unterscheiden vom Bekenntnis und der Pflicht der Person für die Gemeinschaft. Kollektivistisches Denken ist in einem großen Maße unchristlich.

Formulierungen zum Kriegsende und zum Sturz der Diktatur sollten sich nach allen Seiten hin, ob es nun um Untaten von Deutschen oder auch Untaten an Deutschen geht, von Kollektivschuldbehauptungen fernhalten. Rückblickend steht der rassistische Juden Hass in Deutschland im Vordergrund, aber es spielten auch andere Ursachen des Antisemitismus eine Rolle, wie sie die polnischen Bischöfe nannten, psychologische, politische, wirtschaftliche.

Auch darf man es sich heute in der Freiheit nicht zu leicht machen, auf die damals Verantwortlichen mit Fingern zu zeigen, das Fehlen „sichtbaren Protestes“ einzuklagen oder dies auf vereinzelt Initiativen beschränkt zu sehen. Bekanntlich haben solche „sichtbaren Prozesse“ unzählige Morde und die Konzentration der Verfolgung in Holland zur Folge gehabt! Es war damals mehr als schwierig zu entscheiden, wie und wo man „sichtbare Proteste“ erheben soll und darf. Das „Katholische Sonntagsblatt“ der Diözese Rottenburg bringt dazu eine Reihe treffender Aussagen von katholischen Jugendpfarrern aus der damaligen Zeit.

Selbst Kardinal von Galen, der sich gegen die schlafenden Wächter des Staates, in Anlehnung an den Propheten, „gegen die schlafenden Hunde“ gewandt hatte, die statt zu bellen träumend daliegen und zu schlummern lieben, warnte 1941 vor den brutalen Folgen mancher öffentlicher Aussagen.

Bei solchen Urteilen wäre es auch angezeigt, breiter auf mutiges Handeln in der Kirche zu verweisen und darauf, dass der Widerstand oft auch die Ablehnung des Rassismus und der Judenverfolgung einschloss. Es ist an der Zeit, dass man im ganzen katholischen Bereich, in den Medien und Erklärungen systematisch, präzise und umfassend auch den katholischen Widerstand behandelt, der über „Einzelinitiativen“ weit hinausgeht, selbst wenn er nicht das Auftreten der Mehrheit der Katholiken betrifft!

Das Auftreten gegen die Missachtung der Menschenwürde und der Menschenrechte zum Beispiel der Kardinäle Faulhaber, Preysing, von Galen, des Bischofs Sproll, des Paters Friedrich Muckermanns, des Paters Delp, des Paters Assmann, des Prälaten Ulitzka, das mutige Ringen vieler katholischer Jugendgruppen, die die Verfolgung und Prügel nicht scheuten, der Zeitungen „Michael“, „Der Deutsche Weg“ und des „Deutschen in Polen“, das Blutzeugnis vieler christlicher Gewerkschaften, Priester und

Laien kann man nicht nur als Einzelinitiative werten. Dieser Widerstand, der oft auch der Verbundenheit mit den verfolgten Juden galt, wird hoffentlich bald – neben der bestehenden Fachliteratur – breiten Kreisen wieder zur Verfügung stehen. Trauerfeiern gab es außer in Plötzensee und Stuttgart wohl nur bei den christlichen Gewerkschaften. Man sollte auch jene kleinen Leute und Funktionäre nicht vergessen, die sich weigerten, der NSDAP sich zu beugen, arbeitslos waren und in Not lebten.

Viele Katholiken wissen heute nichts von dem Mut und der Lage, den Leiden der Priester, Laien und Jugendlichen vor fünfzig Jahren. Beispielhaft hat der Erzbischof von Freiburg und die Diözese Rottenburg des Staatspräsidenten Bolz und des Badeners Reinhold Frank gedacht. Macht man es sich nicht zu leicht, wenn man heute in starken Worten manchmal zu starke Vorwürfe erhebt, ohne über die gefährliche und umfassende Kontrolle und die Massenhysterie im Alltag des Dritten Reiches genau Bescheid zu wissen? Und vermissen nicht manche viel härtere, stetigere, engagierte Widersprüche gegen Gesetze von heute, gegen die Abtreibung und Tötung wehrloser Geschöpfe?

Zu wenig wurde auch hervorgehoben, dass viele dieser Märtyrer aus einem christlichen Staats- und Gemeinschaftsbewusstsein handelten, in Erfüllung der „sittlichen Pflicht zur Liebe zu Volk und Vaterland“, wie sie Kardinal Höffner, Johannes Paul II. und mehrere Bischöfe wiederholt angemahnt haben. In katholischen Gremien und Initiativen steht stattdessen mehr die populistische Zeitkritik im Vordergrund. Wenn es um katholische deutschland- und ostpolitische Aussagen geht, werden oft mehr Fremde als berechnete deutsche Interessen vertreten, wobei sicherlich „die der menschlichen Gerechtigkeit gesetzten Grenzen beachtet“ werden müssen.

Die Aufzeichnungen von Alfred Delp in „Angesicht des Todes“, die er mit gefesselten Händen schrieb – mögen sie auch einzelne Formulierungen enthalten, die zu diskutieren wären – wurden bewusst breiten katholischen Kreisen verschwiegen. Vor allem seine Feststellungen – die auch von Moltke bestätigt werden – dass er deshalb zum Tode verurteilt wurde, weil Freisler und die ihm Befehle erteilenden Ideologien es als unerträglich ansahen, dass aus christlichem, katholischem oder gar jesuitischem Geist eine Erneuerung von Volk und Vaterland kommen könne.

In den letzten Jahren hat es wenig Verständnis für diese „sittliche Pflicht der Liebe zu Volk und Vaterland“ bei den die Laien repräsentierenden Verbänden, beim Zentralkomitee, dem ich früher auch angehörte, gegeben. Der evangelische emeritierte Landesbischof von Württemberg, Hans von Keler, hat ein hartes Urteil über zahlreiche Christen unserer Zeit gefällt, die kein normales Verhältnis zu Volk und Vaterland hätten. Die Untaten gegen Juden und andere Völker dürfen bei uns nicht verschwiegen und gegen Untaten an Deutschen aufgerechnet werden. Es scheint aber notwendig, dass 50 Jahre danach auch die Pflichten zur maßvollen aber mutigen Vertretung berechtigter Interessen des eigenen Volkes und Vaterlands – in Abgrenzung zu übersteigerndem Nationalismus und Hegemonialstreben – wieder

beachtet und sorgfältig erörtert werden. Viele Wähler bleiben enttäuscht den Wahlen fern, ihr Anteil steigt auf ein Drittel der Wahlberechtigten.

Rechnet man die Stimmen für die Parteien der Mitte zusammen, so haben sie in zehn Jahren zusammengenommen zwölf Prozent an Stimmen eingebüßt. Immer mehr Wertkonservative, aber auch enttäuschte Vertriebene und Personen mit normalem Nationalbewusstsein gehen nicht zur Wahl. Das wird immer gefährlicher. Auf das Fehlen normalen Nationalgefühls geht auch das absurde und neidische Kesseltreiben gegen „Komm mit“ zurück. Über einzelne Formulierungen kann man streiten, allerdings muss man rechtlich, geschichtlich und literarisch ihren Kern hinterfragen. Aber im mutigen und wirksamen Bekenntnis des Glaubens vor der Jugend sind Kalender und Schriften vorbildlich.

Wenig Bedauern

Den gut besoldeten katholischen Jugendführern und manchen medienhungrigen Theologen wäre zu raten, dem Übermaß vergänglicher Schriften kritischer gegenüberzustehen. Nummern des „Michael“ oder der Schriften von Teusch gegen Rosenberg in Auseinandersetzung mit den damaligen Strömungen wären nachzulesen. Fehlt in der Jugendarbeit nicht auch der Mut gegen „Sturmscharen“? Man darf die Leiden, die Not und die Untaten gegen Deutsche 1995 nicht einfach „weglassen“. Gerade in Bezug auf dieses Grauen und diese Not muss man sich in abgewogener Weise zu allen Folgen des Unrechts bekennen.

Bei den bisherigen Stimmen ist das weit verbreitete Schweigen zu den Erlebnissen der deutschen Vertriebenen zu beklagen, ab und zu ersetzt durch wenige Sätze des Bedauerns. In den regionalen Zeitungen wird immerhin hier und da deutlich der Ereignisse vor fünfzig Jahren auch bei uns gedacht, auch in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und in der „Welt“. Offensichtlich fragen doch auch Leser danach. Das „Gemeinsame Wort“ der tschechischen und deutschen Bischöfe nennt und urteilt das Unrecht auf beiden Seiten mit sehr vorsichtigen und allgemeinen Hinweisen. Immerhin werden auch die Rechte der Volksgruppen eingemahnt.

1971 hat mir in Rom Kardinal Samore, früher auch Staatssekretär beim Heiligen Stuhl, gesagt, die Kirche dürfe und werde niemals das Recht auf die Heimat preisgeben. In diesem Sinne hat sich Johannes Paul II. zugunsten aller Völker und Gruppen 1981, 1982, 1984 in fundierten Aussagen und öffentlich, unter anderem gegenüber dem Diplomatischen Corps, geäußert. Bei den Katholiken, die davon betroffen sind, müsste ein intensives Nachdenken über zumutbare und tragfähige Korrekturen einsetzen. Bei uns hört man im katholischen Bereich wenig davon. Der öffentliche Widerspruch gegen Chauvinismus ist gut und notwendig.

Viel zu wenige Aussagen gibt es gegen die stetige offizielle und inoffizielle Ausgrenzung landeskundiger moderater Vertriebenengruppen bei den Begegnungs- und Verständigungsversuchen mit Polen. Viel zu wenig Abwehr hörte man zu den

Angriffen gegen Bischof Nossol. Man kann von Ost- und Sudetendeutschen keine Sonderopfer für Untaten vieler Deutscher stillschweigend beanspruchen oder sie moralisch fordern oder sie ganz einfach hinnehmen. Noch sind die Folgen der Massenvertreibung im Zuge einer europäischen Einigung und in konstruktiven Lösungen nicht gemeistert!

Im deutschen katholischen Bereich ist man wenig um zeitgemäße und konstruktive Formen der Verwirklichung des Rechtes auf die Heimat besorgt. Das Recht auf Selbstbestimmung ist eine zwingende Regel des Völkerrechts. Ist es bei uns jetzt nach umstrittenen Teillösungen darum nicht sehr still geworden? Dies schadet allen Beteiligten und Europa. Nur bei wenigen Pontifikalämtern von nur wenigen Bischöfen wird auch das im Konkordat verankerte Gebet für unser Volk gesprochen. Die Nuntien halten sich daran. Die geistige und geistliche sowie materielle Sorge um mehrere Millionen Deutscher östlich des Geltungsbereichs des Grundgesetzes beschränkt sich auf Fachgruppen.

Der evangelische Landesbischof von Keler hat bei einem Schlussbericht in sachlicher und bitterer Weise Klage darüber erhoben, dass das Vertriebenenproblem – er nennt es ein Jahrtausend-Problem – als erledigt gilt. Es gehört aber doch auch zu den fortdauernden Kriegsfolgen, dass jährlich eine Viertel Million deutscher Aussiedler aufgenommen werden muss. Wie steht es um die Neu-Evangelisierung der Russlanddeutschen?

Es bleibt zu hoffen, dass auch zum 8. Mai für die Deutschen und ihre konstruktiven Zukunftsaufgaben Worte „mit Signalwirkung“ seitens der Bischöfe und der Laienvertretungen erfolgen. Es genügt nicht, nur auf die Zahl der Opfer und die Beteiligung der Vertriebenen am materiellen Wiederaufbau hinzuweisen. Gerade die Christen müssten einen intensiven konstruktiven Dialog über die Bewältigung bestehender Folgen der Massenvertreibung unter Wahrung berechtigter deutscher Interessen, ebenso aber auch in Achtung der Würde und Sicherheit des Nachbarn, insgesamt zur Überwindung der posttotalitären Destabilisierung in einem europäischen Staatenverband einleiten und vertiefen. Die Freiheit ist uns auch dazu gegeben, dass wir zu möglichen konstruktiven Kompromissen und so zu der Lösung gravierenden Unrechts gelangen. Versuche, Korrekturen geschichtlichen Inhalts den Nachbarn nahezubringen, werden verdrängt. Für solche Versuche aber haftet das gesamte Staatsvolk. Das starre Festhalten an einseitig aufoktroierten Lösungen ist für alle Beteiligten gefährlich.

1995 darf nicht mit dem notwendigen Hinweis auf die grausamen physischen und seelischen Leiden enden, man muss Anstöße zur Überwindung fortbestehender Gegensätze, schwerer Ungerechtigkeiten sowie gefährlicher Destabilisierung geben. Aus der Mitte der CDU/CSU-Fraktion wurde die Bundesregierung aufgefordert, an die Vertreibung von 15 Millionen Deutschen – nach anderen Zahlen waren es über 17 Millionen – nachhaltig zu erinnern. Das Erinnern alleine genügt nicht; ein geduldiger

und zäher Dialog zur Lösung der unbewältigten Probleme ist ebenso nötig, da selbst Churchill, der kein Deutschen-Freund war, in seinem Alterswerk Lösungen auch zugunsten der Ost- und Sudetendeutschen angemahnt hat.

Es ist wohl davon auszugehen, dass eine Revision „alles dessen“, was geschah, „kaum möglich“ ist. Aber eine Teilkorrektur wäre im Rahmen des Sicherheitsdefizits, der notwendigen Abwehr der Destabilisierung und wegen einer sich im Westen ausdehnenden Dauerarbeitslosigkeit sowie wegen der genannten geistig-kulturellen „Verarmung“ schon nötig! Dies war in einer Aussprache am 11. Mai 1984, ausdrücklich bezogen auf alle Völker, die Meinung Johannes Pauls II: „Umsiedlung allein kann niemals (!) die endgültige Antwort auf das Leid dieser Menschen sein. Sie haben ein Recht darauf, zu ihren Wurzeln zurückzukehren, heimzukehren in ihr Geburtsland mit seiner nationalen Souveränität, seinem Recht auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung.“

Kulturelle Grundlagen

Der Papst verweist auch auf das Recht, die eigenen kulturellen Grundlagen zu behalten. Muss sich die bei uns leider um sich greifende Distanz zu Rom auch auf diese Aussage beziehen? Darauf zu achten, ist bestimmt für die tschechischen Bischöfe eine ganz große Last. Kann man ihr aber auf dem Wege zu echter Befriedigung auf Dauer ausweichen? Freilich wird nach allem, was einst geschehen ist, nur ein bescheidener Kompromiss wohl dazu möglich sein. Aber warum redet man nicht davon?

Müsste man sich nicht gerade im kirchlichen Bereich daran erinnern, dass erst nach siebenzig Jahren babylonischer Gefangenschaft schrittweise die Rückkehr nach Jerusalem und die große Entfaltung Jerusalems einsetzte? Sicherlich gehört das in den Bereich der Heilsgeschichte, aber sie reicht hinein auch in die Profangeschichte. Das „Wort“ erinnert an den neuen Heiligen dreier Völker, Johannes Sarkander. Er und seine Getreuen wurden um ihres Glaubens willen aus ihren Pfarreien vertrieben, aber die Geschichte hat das korrigiert. Überzeugte Christen sollten vor dem Hintergrund fortbestehender gefährlicher Folgen der Massenvertreibung die Hände nicht in den Schoß legen, sondern um einen besseren glaubenswürdigen Kompromiss bemüht sein.

Man ist sich auch in christlichen Kreisen zu wenig dessen bewusst, dass die leichtfertige Preisgabe von Gebieten, ohne einen bescheidenen Kompromiss zu wollen, allen Beteiligten schadet. Die Zuweisung eines unmoralischen Sonderopfers an die Vertriebenen für Untaten, die von vielen im Volk begangen wurden, und für die militärische Niederlage, ist unzulässig. In diesem Denken und Handeln sollte 1995 eine Umkehr mit Zukunftsperspektiven versucht werden. Sich gegen die Ursachen von Klimaveränderungen zu wenden, ist wichtig, aber ebenso bedeutsam sind eine zeitgemäße Volksgruppen-Ethik und Perspektiven für enges Zusammenwirken. Schulter an Schulter, von zwangsweise getrennten Volksgruppen und Völkern.

Vortrag Dr. Christoph E. Palmer

vom 10. November 2014, Stuttgart-Bad Cannstadt, Kursaal

Als Thema wurde mir „Herbert Czaja“ gestellt. Das gab mir Gelegenheit, doch wieder intensiv zu lesen und manches, was in den Hintergrund geraten war, stärker zu bedenken. Es war eine Freude sich mit dem wichtigen und verdienten Politiker und Menschen zu beschäftigen. Das Thema ist indes so umfassend, dass man sich beschränken muss.

Um Ihnen die Prägung des Menschen und Politikers aufzuzeigen, muss man in die Jugend gehen. Geboren am 5. November 1914 in Teschen, Österreichisch-Schlesien, als ein behütetes Einzelkind einer bürgerlichen Notarsfamilie der K.u.K. Monarchie, freilich schon in einer Welt aus den Fugen. Der Erste Weltkrieg war kurz zuvor losgebrochen. Stefan Zweig hat in der „Welt von gestern“ das alte Europa vor dem Kriege meisterhaft beschrieben. Die Sicherheit der Donaumonarchie, des Vielvölkerstaats, der übernationalen Staatsidee kommt nostalgisch darin zum Widerschein. Herbert Czaja wird also in die Endphase der Habsburger-Monarchie hineingeboren. 1918 geht sie im Weltenbrand sang und klanglos unter. Die Heimat changiert nun zwischen dem neuen Staaten Polen und Tschechoslowakei, Teschen wird geteilt. Die Czajas gehören in Skotschau nun zu Polen.

Herbert Czaja besucht die deutsche Volksschule, das Staatsgymnasium in Bielitz. Er spricht perfekt deutsch und polnisch. Die Grenzregion ist von Minderheiten gekennzeichnet und von Vielfalt. Das wird ihm zeit Lebens prägen. Ein Drittel der Mitschüler sind jüdischen, ein Drittel evangelischen, ein Drittel katholischen Glaubens. Es sind Tschechen, Polen, Deutsche miteinander unterwegs.

Nach dem Abitur, seit 1933 – also mit 19 Jahren – war Herbert Czaja Mitglied der „Deutschen Christlichen Volkspartei“ Oberschlesiens. Diese Partei, wenig bekannt, legte 1933 ihren Namen „Deutsche Katholische Volkspartei“ ab und stand – als Vorläuferin der CDU – beiden Konfessionen offen, auch, wenn natürlich in Oberschlesien weiterhin die Katholiken dominierten.

Sein Mentor war der Parteivorsitzende Dr. Eduard Pant, ein aufrechter Vertreter des Deutschtums und konsequenter Gegner des Nationalsozialismus. Diesen bezeichnet er hellsichtig als „Friedensbedrohung für Europa“ und sah seine Zeitung „Der Deutsche in Polen“ als Zentralorgan der NS-Gegnerschaft in Polen. Welch ein Unterschied etwa zu Konrad Henlein und dessen Gleichschaltungspolitik der Sudetendeutschen zum Nationalsozialismus! „Der Deutsche in Polen“ wurde bereits 1934 im Deutschen Reich verboten, auch weil sie Enzykliken und Texte der „Bekennenden Kirche“ veröffentlichte. Das Ende der Zeitung kam nach dem Einmarsch der Deutschen in Oberschlesien.

In der Jugend liegt meines Erachtens der Schlüssel zum tieferen Verständnis von Herbert Czaja: Persönlich tief geprägt vom Christentum, in klassischem „Mischgebiet“ aufgewachsen, sprachkundig, „interkulturell“ bewandert, würde man heute sagen, von der zeittypischen bündischen Romantik der christlichen Jugend geprägt, aus bürgerlichem Hause, jedoch offen für alle Schichten, konnte er sein ganzes politisches Leben allen Anfeindungen trotzen, weil er sich nichts zu Schulden hatte kommen lassen, nie mit dem Nationalsozialismus liebäugelte, das Schicksal von Verfehmung, Verfolgung, Unterdrückung erlebt bzw. beobachtet, jedenfalls immer gegenwärtig hatte. Er hat nie viel Aufhebens davon gemacht, umso mehr verdient es heute erwähnt zu werden in einer Zeit, wo die Waffen-SS-Mitgliedschaft von Literaturnobelpreisträger Günter Grass oder die Verstrickungen vieler Intellektueller offenbar geworden sind. Herbert Czaja war kein Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen, alle Anwerbeversuche nach dem deutschen Einmarsch hat er zurückgewiesen, dafür Karriereverzicht in Kauf genommen, viel mehr noch: er half seinen polnischen Professoren, jüdischen Freunden, das Material ist nach der Wende offen gelegt worden, nur die Einberufung zur Wehrmacht ersparte ihm Verhaftung und Repressalien. Die letzten Jahre verbrachte er im Kriegsdienst, die schwere Verletzung war das bleibende Ergebnis. Zuvor hatte er nach breitem geisteswissenschaftlichem Studium in Krakau über Stefan George promoviert, er wollte sich habilitieren.

Mein Thema ist jedoch nicht der Weg Czajas durch den Nationalsozialismus, aber die Reflektion ist wichtig, um ein Bild über den politischen Antrieb, die Motivation von Herbert Czaja zu gewinnen. Wichtig ist mir in diesem Zusammenhang, dass der Bund der Vertriebenen (BdV) sich der Geschichte seines ersten Vorsitzenden, des aufrechten, sudetendeutschen Sozialdemokraten Wenzel Jaksch, des ersten Vertriebenenministers Hans Lukaschek (der zum Kreisauer Kreis gehörte), Herbert Hupkas (der seine jüdische Mutter 1945 aus dem KZ Theresienstadt abholte) oder eben Herbert Czajas erinnert: Daraus kann Selbstbewusstsein und Kraft erwachsen, auch tiefe Verstrickungen mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen zu benennen. Leider fehlt vielen dazu die Bereitschaft. Ich möchte an dieser Stelle Herbert Czaja selbst zitieren, was er gegen Ende seines Lebens kritisch festgestellt hat: „dass nämlich in der Frühzeit der bundesrepublikanischen Vertriebenenverbände eine „extrem deutschnationale und zum Teil nationalsozialistische Grundbeeinflussung keineswegs auf einen Schlag beseitigt gewesen sei, sondern noch längere Zeit verbandsintern großen Einfluss gehabt habe.“ Diese rechtsextreme Grundströmung rechnete Czaja zu den „aufzuarbeitenden Schwächen bei den Vertriebenen“. Dem kann man nur zustimmen.

1946 erfolgte der Eintritt in die CDU, der jungen Gymnasiallehrer wurde sodann 1947 als einziger Vertriebener in den Stuttgarter Gemeinderat gewählt. Hier in Stuttgart erlernte er sozusagen von der Pike auf die Grundlagen der Politik und hat sich immer gerne seiner sechsjährigen „Ausbildungszeit“ in der Kommunalpolitik erinnert. Seine Themen im Gemeinderat waren: Sozialpolitik, Wohnungsfragen, Vertriebenenfragen, Ausbildung, Schule, Jugendschutz, Arbeitsplatz-Anliegen, Stadtplanung, Gesund-

heitsfürsorge. Er war auch Motor des Kreisflüchtlingsausschusses Stuttgart. Die württembergische Hauptstadt war einer der zentralen Orte für Flüchtlinge und Vertriebenen, nicht umsonst fand hier die historische Kundgebung am 5.8.1950 mit 150.000 Teilnehmern vor den Ruinen des Neuen Schlosses statt, bei der Herbert Czaja nur unter den Zuhörern war. Hier wurde schon sehr früh jeder Rache und Vergeltung abgeschworen, die Verabschiedung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ war der Kundgebung vorausgegangen.

Der Stuttgarter Gemeinderat lernte Herbert Czaja kennen – wie wir alle ihn später kannten, als unermüdlichen, auf vielen Feldern tätigen, nachhaltigen Politiker, der sich stets auch des Einzelfalls annahm: Ein „personalisierter Petitionsausschuss“, sozusagen für arm und reich, groß und klein, Vertriebenen wie Angestammte. Die Fülle der Aufgaben war ohne seine Frau und sein „Netzwerk“ nicht zu leisten. Zur politischen Konstellation dieser Zeit vielleicht noch ein paar Worte: Die CDU war im Rathaus in absoluter Minderheitenposition, die SPD verfügte fast über die absolute Mehrheit, im bürgerlichen Lager dominierten FDP und UBL, der parteilose OB Dr. Arnulf Klett führte die Stadt. Aber auch der BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteter) und die Kommunisten spielten noch gewisse Rollen. Herbert Czaja genoss weit über die Parteigrenzen hohes Ansehen und war als unbestechlicher Sachwalter und Interessenvertreter hoch geachtet. Ich habe mich immer über die historische Unkenntnis geärgert, wenn Herbert Czaja in späteren Jahren zum Vertreter des „Stahlhelm-Flügels“ der UNION, sozusagen einem unbelehrbaren Nationalkonservativem gemacht wurde, das war er nie. Er war Christ-Sozialer aus ganzer Überzeugung, natürlich heimattreu und traditionsbewusst, aber aus eigener Erfahrung jedem Nationalismus, Chauvinismus von ganzer Seele abhold. Aber die Begriffsverwirrungen halten ja auch heutzutage an.

In mancher Hinsicht war Herbert Czaja sehr modern:

- 1950/51 wurde er für 4 Monate für einen USA Aufenthalt ausgewählt und bereiste neugierig die Staaten.
- Er war ein „Networker“ von hohen Graden, er wusste dass man Kontakte, Verbindungen braucht, um etwas zu erreichen (seine brieflichen Ansprechpartner sind „Legion“).
- Interdisziplinär denkend, Philologe und Geisteswissenschaftler von Ausbildung und Berufung, „angelernter Jurist“, gründlicher Betriebswirt, wie er später Lastenausgleichsfragen rechnete und Wohnungsdarlehen auf den Weg brachte.
- Campaigning: Wahlkampf, hier war er immer auf der Höhe der Zeit.
- Minderheitenpositionen mit so viel Elan und Durchsetzungskraft vertreten, dass sie Relevanz gewinnen(one issue-themes), davon kann man bis heute lernen!

1953 spülte ihn der Erfolg („das deutsche Wahlwunder“) von Adenauers CDU mit 45,2 % (+14%) der Zweitstimmen, überraschend in den Deutschen Bundestag, über die Landesliste Baden-Württemberg nach Bonn. Sage und schreibe acht Mal bis 1980 schaffte er den Sprung über diese ununterbrochen in den Deutschen Bundestag.

Die CDU, das verdient festgehalten zu werden, wusste über Jahrzehnte, was sie an ihm hatte, als Zugpferd und Wahllokomotive bei den Vertriebenen, als Experte im Parlament, als bienenfleißiger Abgeordneter. Solch lange Karrieren über die Landes-üsten in Deutschland sind die absoluten Ausnahmen: Das ist nur erklärbar mit großem Namen, der unverzichtbar geworden war, überragender Präsenz und immenser Tatkraft. Als „home-base“ hat er dabei Stuttgart freilich nur eingeschränkt betrachtet. Er musste, um wieder und wieder Vertrauen zu finden und aufgestellt zu werden, alle Kreise in Nordwürttemberg betreuen, dazu auch Baden-Württemberg und etwas eingeschränkter Westdeutschland. Folgerichtig gehörte er den Vorständen der CDU in Nordwürttemberg und Baden-Württemberg an, war Vorsitzender der einflussreichen Union der Vertriebenen und Flüchtlinge (UdVF) auf beiden Ebenen („Hausmacht“), Sprecher der Oberschlesier seit 1969 und schließlich 24 Jahre lang Bundesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen ab 1970 bis 1994, was ihm schließlich eine herausgehobene politische (nicht nur symbolische) Bedeutung im Gefüge der CDU/CSU sicherte. Erst Mitte der 70er Jahre setzte sich in der Union der Grundsatz durch, dass auch im Wahlkreis zu kandidieren sei, wenn man auf Listen wolle. Herbert Czaja hatte dies zu beherzigen. Zwei erfolglose Direktkandidaturen erfolgten 1976 und 1980 und schließlich 1983 und 1987 der Triumph und die zweimalige Direktwahl in Stuttgart-Nord.

Nur zu leicht vergessen wird, dass sich Herbert Czaja die ersten Jahrzehnte in Bonn seinen Namen nicht nur als Vertriebenenpolitiker machte, sondern einer der führenden Wohnungsbaupolitiker des Landes war. Die Bauindustrie, Immobilienwirtschaft würde man heute sagen, war einer der zentralen Pfeiler für das so genannten „Wirtschaftswunder“.

Familienheimbau, (Familienkomponente waren ihm immer zentral), Eigentumsbildung waren dabei seine wichtigen ordnungspolitischen Ansätze (es war die hohe Zeit der „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“), die Wohnungsbaugesetze der 50er Jahre tragen auch seine Handschrift, ganz typisch, dass er auch hier nach Vertiefung strebte. In diesem Zusammenhang ist seine Schrift: „Wie kommt man zu einem Eigenheim?“ von 1957 zu erwähnen. Diese erlebte vier Auflagen.

Der Wissenschaftler kam bei ihm auch als handelnder Politiker, stets durch. Herbert Czaja passte mit diesem Einsatz gut nach Schwaben, dem „Häuslesbauerland“, zumal Bausparkassen für ihn stets große Bedeutung hatten. Einen „totalen Wohnungs-, Versorgungsstaat“, so in einer Rede 1964 lehnte er ab, zuerst kam Eigenanstrengung, Hufe zur Selbsthilfe, dann der Staat. Das war und blieb sein Credo.

Mitte der 60er Jahre verlagerte Herbert Czaja sein Wirken im Bundestag mehr und mehr und mehr auf die Außenpolitik. Recht unbekannt ist, dass er dabei zunächst im Unterausschuss für Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Ausschusses seine Meriten verdiente. Bis zum Ende seiner Bundestagstätigkeit 1990, also über 25 Jahre hinweg, befasste er sich mit den weltweiten Fragen der Flüchtlingsströme, den Ursachen der Vertreibungen, den Milderungen der Folgen. Ihn befasste das afrikanische Elend wie das asiatische, er suchte durch Förderung der kleinbäuerlichen Strukturen, Selbstversorgung, Aufbau dezentraler Entscheidungsmechanismen zu helfen. In der Asylpolitik vertrat er stets gemäßigte, die Umstände berücksichtigende Positionen: Lassen Sie mich zitieren: „Soforthilfe und Menschenrechte für die Person und ihre Gemeinschaften gehören aufs engste zusammen. Solange wir frei sind, müssen über die Wahrung und Verteidigung der Freiheit durch eine die geschichtliche Erfahrung nutzende Politik, die wirksame Koordinierung rasch, den Umfang der Not gerecht werdende Hilfe für die Opfer um Unrecht, Krieg und Verfolgung treten. Dies zu tun ist kein parteiliches, sondern ein konsensfähiges Anliegen der freien Länder, Menschen und Völker“ (Herbert Czaja, Anwalt für Menschenrechte, S. 129).

Richtig bekannt in der Öffentlichkeit, bis heute präsent bei vielen Verantwortlichen in Politik, Wissenschaft und Publizistik, ist Herbert Czaja für seinen außen- und deutschlandpolitischen Einsatz. Dieser vollzog sich in den Anfangsjahren durchaus im Konsens mit der Unionsführung, in den 80er und 90er Jahren, das sei offen angesprochen, machten sich – auf beiden Seiten – dann aber erhebliche Auffassungsunterschiede bemerkbar.

Doch der Reihe nach:

Markant in Erscheinung trat Herbert Czaja wie schon erwähnt – seit 1969 als Sprecher der Oberschlesier – mit seiner 1969 erschienenen Schrift „Ausgleich mit Osteuropa – Versuch einer osteuropäischen Friedensordnung“. Hier deutete sich Flexibilität in Grenzfragen (freilich kein Vorab-Verzicht auf Gebiete jenseits Oder/Neiße) bei Betonung der elementaren Menschen- und Volksrechtselemente an, ebenso wurde jedoch das Recht auf Heimat betont. Er war dabei in Übereinstimmung mit Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und durchaus im Konflikt mit Hardlinern aus den Vertriebenenverbänden.

Mit dem Regierungswechsel zu Bundeskanzler Willy Brandt und der so genannten neuen Ostpolitik wurde Herbert Czaja einer der führenden Vertreter des „Unions-Mainstreams“, jetzt ab 1970 auch als Präsident des Bundes der Vertriebenen, also der Ablehnung der Vertragspolitik mit dem Osten. Er kämpfte für das unbedingte Festhalten an Rechtspositionen und ein Offenhalten der ganzen deutschen Frage. Dabei scheint mir in Vergessenheit geraten zu sein, dass er den „Status Quo ante“, also die Grenzen von 1937 nicht als das Ziel einer gesamteuropäischen Friedensordnung ansah, es ging ihm wohl immer mehr darum „so viel wie möglich“ von Deutschland zu sichern. Den „Warschauer“ und den „Moskauer Vertrag“ (Grenzener-

kennung) lehnte er leidenschaftlich ab. Seine Position dazu: Friedensvertragliche Regelungen würden diese Verträge nicht vorweg nehmen können. Vielen Deutschen ist er als wortmächtiger Parlamentarier aus den Debatten zu den Ostverträgen der 70er Jahre in Erinnerung.

Zwischen 1975 und 1990 argumentierte Herbert Czaja mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts von 1975 – an dessen Zustandekommen er maßgeblich mitwirkte sehr juristisch: „Die Gebiete östlich von Oder und Neiße sind mit dem Inkrafttreten der Ostverträge nicht aus der rechtlichen Zuständigkeit entlassen und der Souveränität der Sowjetunion und Polens endgültig unterstellt worden.“ Immer stärker geriet Herbert Czaja mit diesen Postulaten in Außenseiterpositionen, in der Öffentlichkeit, jedoch auch in der eigenen Partei. Selbst im Bundestagswahlkampf 1980 hatte Unions-Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß zu den Ostverträgen das altrömische „pacta sunt servanda“ verwandt.

Großen Einfluss Herbert Czajas kann man also höchstens bis zum Regierungswechsel zu der von der Union geführten Bundesregierung 1982/83 festmachen. Gekrönt durch den erstmaligen Wahlsieg im Stuttgarter Wahlkreis Nord – März 1983 – erwartete Herbert Czaja eine Veränderung der ost- und deutschlandpolitischen Kurses des Landes. Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans Dietrich Genscher, wie Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß bekräftigten jedoch die Politik der Vorgängerregierungen.

Herbert Czaja und die Vertriebenen, man muss da ehrlich sein, gerieten nun eher in Randpositionen, zumal die CDU-Spitze ab Mitte der 80er Jahre durch deren Außenpolitiker Volker Rühle von der „politischen Bindungswirkung“ der Ostverträge sprechen ließ. Den patriotisch gestimmten Kanzler Helmut Kohl suchte Herbert Czaja mit einer „Doppelstrategie aus Lob und Kritik“ zu aufrechter Haltung in den zentralen Fragen der Ost- und Deutschlandpolitik zu drängen. Dessen Regierung wertete die Vertriebenen politisch, finanziell und kulturell auch deutlich auf, vermied jedoch alle Kurskorrekturen in rechtlicher Hinsicht.

Symptomatisch dann die schwierige, letzte Kandidatur 1987 für den Deutschen Bundestag. Nach zäher innerparteilicher Aufstellung 1986 eroberte Herbert Czaja nochmals den Wahlkreis Stuttgart-Nord. In den Folgejahren spürte er in seinen Redebeiträgen und Schriften durchaus auch den Zusammenbruch des Sowjetimperiums Ende der 80er Jahre, den Wandel in Osteuropa, die friedliche Wende voraus.

Der mit dem Gezeitenwechsel 1989 verbundene Preis: 2+4 Vertrag, endgültige Anerkennung der 1945 geschaffenen Grenzen in Europa schienen ihm jedoch zu hoch und auch nicht zwangsläufig. Nun in seinem letzten Jahr im Deutschen Bundestag 1990 war Herbert Czaja endgültig in die Minderheiten – ja Außenseitersituation in seiner Fraktion – und auch im ganzen Parlament geraten. Nur noch acht CDU/CSU Bundestagsabgeordnete, darunter Herbert Czaja, erhoben Klage gegen den deutsch-

deutschen Einigungsvertrag vor dem Bundesverfassungsgericht. Am 18.9.1990 lehnte Karlsruhe die Klage indes mit knapper Begründung ab.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag bis zu seinem Tode 1997 kommentierte Herbert Czaja kritisch und mitunter auch verbittert die Politik der vergangenen Jahrzehnte. Seine Lebensbilanz überschrieb er mit dem Wort „Unterwegs zum kleinsten Deutschland?“, im Untertitel Marginalien (es waren alles anderes als solche) zu 50 Jahren Ostpolitik. Dort entwarf er im Schlusskapitel (Teil 11)

Korrekturmöglichkeiten auf der Basis des Status Quo. Resigniert hat er allerdings nicht. In der Schlusspassage seines schon zitierten Buches heißt es: „(Doch) in der Geschichte gab und gibt es auch den überraschenden Wandel, wie den Fall der Mauer.“ Und mit seiner Union gebrochen hat Herbert Czaja trotz der deutschlandpolitischen Entfremdung auch nicht. Als Landesvorsitzender der UdVF wirkte er weiterhin kritisch aber konstruktiv im Landesvorstand der CDU Baden-Württemberg mit. Es freute ihn sehr, dass er 1991 Ehrenmitglied im Stuttgarter CDU-Kreisvorstand wurde, bis kurz vor seinem Tode nahm er am Parteileben intensiv mit Rat und Tat Anteil.

Es bleibt die Erinnerung an einen sehr integren, christlichen, grundsatztreuen Politiker, der Anwalt der Menschen und Minderheiten, Interessenvertreter der Heimatvertriebenen in Westdeutschland und deren wichtigster Repräsentant im Bonner Parlament über Jahrzehnte hinweg war. Damit leistete er einen unschätzbaren Beitrag zu dauerhafter Integration der Vertriebenen und Flüchtlingen in die junge Republik. Diese Funktion darf auch im Rückblick als bedeutsam eingeschätzt werden.